

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Insertionsgebühr

beträgt für die 8 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmännern 10 Pf. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion und Expedition Berlin SW., Zimmerstraße 44.

Der deutsche Wald.

„Schirm dich Gott, du deutscher Wald!“

Wer hat nicht schon das Lied gehört oder gesungen, dem wir einen Vers zum Motto unseres heutigen Artikels gewählt haben? Wer hat nicht dabei lebhaft empfunden, wie herrlich und schön unser deutscher Wald ist? Wer liebt ihn nicht, den deutschen Wald, wer blickt auf ihn nicht mit einer gewissen Ehrfurcht, mit einer gewissen Verehrung?

Wer wünscht nicht, daß er geschützt werde, der deutsche Wald? Und da wir nicht in der Lage sind, wie der Dichter des Rottos, zu glauben, daß ein Gott den Wald beschützen und schirmen kann, sondern daß dies nur die Menschen können, so wenden wir uns auch an die Adresse derer, in deren Händen die Macht zum Schirm und Schutz des Waldes liegt.

Das sind zunächst die Waldbesitzer. Es ist unserer Meinung nach von großem Uebel, daß gerade der Wald, welcher in unserem Vaterlande Gemeinbesitz war, in den Händen einzelner Privatbesitzer übergegangen ist. Zwar besitzt der Staat große Flächen Wald, die im Allgemeinen auch besser verwaltet werden, als die im Privatbesitz befindlichen, aber letztere sind doch so bedeutend, daß sie auf die ganze kulturelle Entwicklung Deutschlands den größten Einfluß ausüben.

Der größte Waldbesitzer, der Staat, nimmt auch im Allgemeinen und Ganzen genügende Rücksicht auf eine schonende Behandlung seines Besitzes. Wir sehen voraus, daß es bekannt ist, daß eine genügende Bewaldung den Gesundheitszustand in einem Lande erhöht, daß sie die Fruchtbarkeit des Landes bedingt und daß sie Ueberschwemmungen abwehrt.

Die Einzelbesitzer aber werden bei ihrer Waldwirtschaft durch äußere Umstände beeinträchtigt. Wenn in der Gegend eine Ebbe eingetreten ist, so muß der Wald herum um die Rasse wieder zu fallen. Vielfach ohne genügende Rücksicht wird das Holz geschlagen, so daß die Waldverwüstung eintritt. Soll ein Gut verkauft werden, so versucht der Besitzer gemeinlich noch den Wald anzuhäufeln und läßt die werthvollsten Bäume schlagen, um noch einen besonderen Vortheil zu erzielen. So geht schon der Wald vielfach seinem Ruin entgegen.

Es ist in der That ein Glück, daß gegenwärtig die Holzpreise sehr niedrig stehen, so daß es sich nicht immer lohnt, den Wald auszurauben.

Der Wald sollte auch niemals dazu benutzt werden, um Geschäfte zu machen. Nur das überflüssige, dem Walde schaden vererbliche und das nothwendige im Lande selbst benutzte Holz sollte gefällt werden dürfen. Um dies aber be-

werkstelligen zu können, müßte der Einzelbesitz an Wald aufhören und die gesammten Waldungen in den Besitz des Staates übergehen. Diese Ansicht wird in den weitesten Kreisen vertreten. Organe, wie die „Kölnische Zeitung“, die man weder in Verdacht haben kann, dem Staatssozialismus oder gar dem Kommunismus zu huldigen, haben sich vor Jahren schon in ähnlichem Sinne ausgesprochen.

In der That dürfte die Verstaatlichung des Waldes auch der einzige Weg sein, der Waldverwüstung ein Ende zu setzen.

Doch liegt diese Verstaatlichung noch in weitem Felde. Bis dahin aber wird der Privatwald nur durch niedrige Holzpreise geschützt, während die Erhöhung derselben unfehlbar zum Walddraub führen wird. Hohe Holzpreise hatten wir in den Jahren des intensiven Eisenbahnbaues in Deutschland; besonders standen eigene Eisenbahnschwellen hoch im Preise. Was war die Folge davon? Das Verschwinden ganzer Eichenwaldungen. Die wertvollsten Privatwaldungen, welche die schönsten Eichen besaßen, sind in jener Zeit verwüstet worden.

Die deutsche Holzgewinnung ist im Begriff, durch geradezu unerhörte Holzpreise die Holzpreise in Deutschland allgemein zu steigern. Wir werden dann dieselben Folgen sehen. Aus welchen Ursachen die Preissteigerung erfolgt, ist vollständig gleichgültig. Die Gabel wird über die Vernunft und über das Nationalwohl schießen. Die hohen Holzpreise werden zur Waldverwüstung führen.

Sollte da die Gesetzgebung sich nicht doppelt besinnen? Besteuerter Einnahmen des Staates und der Einzelbesitzer sollte man nicht das Wohl und die Zukunft des Landes opfern. Man denke an Kleinasien und Spanien, an die früher so blühenden, jetzt vielfach so öden Landschaften. Man denke an Frankreich, welches unter der Waldverwüstung ungemein gelitten hat, aber schon seit mehreren Jahren unter den größten Opfern sich bemüht, durch Aufforstungen den Folgen der Waldverwüstung entgegenzuwirken.

Aber auch die Traditionen des deutschen Volkes sind mit dem Walde inniger verwachsen, wie diejenigen der anderen Nationen. Der deutsche Wald spielt in den Sagen unseres Volkes die größte Rolle, fast all' die süßen Märchen für unsere Kinder stehen mit dem Walde in Verbindung, unsere deutschen Dichter haben den Wald verherrlicht und aus ihm und in ihm Kraft geschöpft zu neuen Gesängen.

Und noch jetzt ist der Wald für unser Volk eine unerschöpfliche Quelle neuer Lebenslust; würde man z. B. den Berlinern ihren Grunewald oder den Friedrichshain nehmen, so raubte man ihnen die ganze Sommerfreude, man raubte ihnen ein Stück ihres Lebens. Das wird nun allerdings

nicht geschehen, aber was für Berlin die bezeichneten Waldungen sind, daß ist für Deutschland der gesammte Wald. Und diesem droht durch die geplanten Holzpreiserhöhungen Gefahr!

Wäge der deutsche Reichstag noch in letzter Stunde diese Gefahr abwenden; er ist berufen, den deutschen Wald zu schirmen.

Bur Dampfersubvention.

Wir erhalten aus Reichstagskreisen folgende Zuschrift: Der geistige Leitartikel Ihres Blattes über die Dampfersubvention, in welchem die Stellung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu derselben erörtert wird, muß bei den Lesern den Glauben erwecken, die Fraktion sei einstimmig zu diesen Beschlüssen gekommen. Da dies nicht der Fall ist, vielmehr sich in der Fraktion erhebliche Meinungsverschiedenheiten über diese Frage herausgestellt haben, so dürfte es sich empfehlen, den Lesern des „Berl. Volksblattes“ auch kurz gedrängt die Gründe anzuführen, welche die Minorität veranlassen, sich der Vorlage ablehnend gegenüber zu verhalten.

Die Minorität geht von der Ansicht aus, daß die Dampfersubvention überwiegend der Unternehmerklasse und speziell einer kleinen Anzahl von Börsenmännern und Millionären zu Gute kommen werde, daß das was für die Arbeiterklasse an Vortheilen daraus abfällt, äußerst gering sei, daß aber unter solchen Umständen Volksvertreter, denen vorzugsweise die Vertretung der Interessen der Arbeiterklasse obliegt, für die Unterstüßung eines solchen Unternehmens aus den Taschen aller und vorzugsweise der Arbeiter nicht stimmen könnten.

Es wurde ferner geltend gemacht, daß, wenn die Vortheile, die für den Handel durch regelmäßige Postdampferlinien zu erlangen seien, so große wären, wie die Anhänger der Subvention behaupten, eine Staatsunterstützung erst recht überflüssig sei, und der Handel diese Linien auf eigene Kosten einrichten könne. Namentlich bestanden bereits nach Ostasien und Afrika regelmäßig gehende deutsche Dampferlinien, die, wenn sie die Deutsche Unternehmerklasse, durch Anwendung der Frachten entsprechend unterstützen wollte, ausreichend prosperierten. Der Vorbedingung halber aber kostspielige Subventionen zu gewähren, sei um so weniger angebracht, als bereits andere Länder (England, Frankreich, Oesterreich etc.) ausreichend Postdampferlinien unterhalten, auf die Benutzung dieser die Deutsche Unternehmerklasse nach wie vor mit angewiesen bliebe, und wir uns Kosten ersparen könnten, die andere Länder für uns machten. Die Internationalität des Verkehrs bedinge ganz von selbst, ohne Rücksicht auf die Nationalität, die Verkehrsmittel zu denutzen, die sich am bequemsten böten.

Ferner sei zu beachten, daß die Linie nach Australien in hohem Grade die Kolonialpolitik der Reichsregierung, welche die Fraktion bekämpfe, unterstütze, daß der Handel mit Australien nothwendig verstärkte Einfuhr von australischen Landesprodukten: Getreide, Fleisch und namentlich Wolle zur Folge

wie gesagt, diese Spur schon einmal und erkannte sie sofort wieder.“

„Mir unbegreiflich!“

Nach einer Pause fuhr Segal fort:

„Ich suchte die Spur wieder auf und folgte ihr weiter. Sie führte auf der entgegengesetzten Seite wieder hinauf in das Tannendickicht, dann um den Felsenpalt. — Ich dachte bei mir, wenn alles Wild solche Irrfahrten hinterließen, würde Niemand mehr Jäger sein mögen. . . . Wir gelangten endlich — nämlich die beiden Spuren und ich — hoch oben auf den Schneeberg; hier aber hatte der Wind stark gehaust; der Schnee reichte mir bis an die Hüften. . . . Aber gleichviel! Ich durfte mir daraus nichts machen und mußte weiter. — Ich komme an das Ufer des Steinbachs, der, wie Sie wissen, im Winter nicht gefriert, weil er einen sehr schnellen Lauf hat.“

„Doch! Hier hörten die Fußspuren der Frau auf.“

„Und die Spuren des Mannes?“

„Nachdem derselbe rechts und links gegangen und gesucht, wie ich, nahmen dieselben endlich die Richtung nach dem Moorgrund. Das war ein schlimmes Zeichen. Ich blickte hinüber nach der anderen Seite des Baches. . . . Nichts war zu entdecken. Die alte Spitzbübchen mußte in dem Wasser hinauf oder hinab gegangen sein, um keine Spur zu hinterlassen. Wohin sollte ich mich nun wenden? Links? Rechts? Ja, da war guter Rath theuer, und in der Ungewißheit machte ich kehrt, und ging nach W. Donuil zurück.“

„Sie glauben,“ fragte Fritz, „daß die Alte absichtlich ihre Spur verborgen habe?“

„Unbedingt glaube ich das! . . . Ich sah, daß sie zu Zeiten eilig gelaufen war, namentlich wo sie hinter Vorsprüngen wahrscheinlich den Blicken ihres Verfolgers entzogen war. Ihr Verfolger hatte sie schließlich augenscheinlich aus dem Gesichte verloren, und dies benutzend, hatte sie ihm auf diese Weise ihre ferneren Spuren verheimlicht.“

„Sie haben noch vergessen von ihrem Abendessen zu erzählen,“ erinnerte Habicht.

„Ach ja, das ist wahr, Herr Doktor! . . . Am Fuße

Feuilleton.

Gesucht und gefunden.

Roman von Dr. Duz.

(Fortsetzung.)

„Die Spur eines Wildes,“ schaltete Fritz ein. „Nein, hören Sie nur; es war nicht die Spur eines Wildes, denn die drückt sich nicht tief ein, auch nicht die unregelmäßige eines Ebers, noch die Kleeblattform des Hais; es war eine tiefe Höhlung, in welche der heute Morgen gefallene, lockere Schnee den Grund der Spur etwas überdeckte.“

„Ich stand still, entfernte den lockern Schnee, um den Grund der Spur zu untersuchen und finde — die Spur des schwarzen Hirs.“

„Sind Sie dessen auch gewiß, Herr Segal?“

„Wie? Ob ich dessen gewiß bin? . . . Ich kenne den Fuß der Alten besser, als ihre Gesichtszüge.“

„Ja, das kannst Du glauben,“ bemerkte Habicht; „denn da sein Auge beständig zur Erde gerichtet ist, so sieht er die Gesichtszüge weniger als die Fußspuren. . . . Ich sagte Dir schon, Fritz, daß Segal sich auf Spuren besser versteht, wie unser bester Spürhund; er erkennt alle Leute an ihren Fußspuren.“

„Run, die der schwarzen Hirs,“ fuhr Segal fort, „würde selbst ein Kind wieder erkennen.“

„Was ist denn besonders Merkwürdiges an diesem Fuß?“

„Er ist so klein, daß man ihn in der Hand halten könnte, wohl gebildet, die Ferse ein wenig lang gestreckt, der Mittelfuß rein — mit einem Wort, es ist der reizendste Fuß. . . . Wäre ich zwanzig Jahre alt, Herr Doktor, ich würde mich in diesen Fuß verliebt haben. Sehe ich diese Spur, so macht sie jedesmal einen eigenthümlichen Eindruck auf mich. . . . D, wie ist es möglich, daß dieser reizende Fuß der schwarzen Hirs gehört!“

Segal faltete andächtig die Hände und blickte mit schwermüthigem Ausdruck auf die großen Felsen des Fußhovens.

„Nur weiter, Segal!“ rief Habicht ungeduldig.

„Ach ja, es ist wahr. — Ich erkenne also diese und verluche, sie weiter zu verfolgen, denn ich hoffte, die Hirs in ihrem Schlupfwinkel zu fangen. Ich kletterte auf die Höhe des Fußweges, ungefähr fünf Schuhweiten von W. Donuil entfernt, stieg den Abhang hinunter, immer die Spur zur Rechten behaltend. Sie führte längs des Eberthales; plötzlich überspringt sie den Rand des Gehölzes. Es gelang mir, sie jenseits wieder zu finden. Ich folgte ihr; da gewahre ich links eine zweite, welche auch die Spur zur Alten folgt. Ich stehe und betrachte sie. — Wer kann das sein? Habicht oder Casper, der Wildhüter?“

„Ich gehe näher und — denken Sie sich mein Erstaunen — diese Spur gehört Keinem aus der ganzen Umgegend.“

„Woher wissen Sie das?“

„D, ich kenne alle Füße aus dem ganzen Hochlandsbezirke von Elgin bis Glenmoristan. Dieser Fuß glich keinem der Unseren; er mußte aus der Ferne gekommen sein. . . . Doch sieh! Der Stiefel, denn es war ein feiner, geschmeidiger Stiefel mit Sporen, war vorn nach der Spitze zu nicht gerundet, sondern eckig; die Sohle schmal und ohne Nägel. Ich hatte vor einem Jahr diese Spur schon einmal gesehen. — Sein Schritt war rasch und kurz; schon daraus sah ich, daß ich mich nicht täuschte, denn einen solchen Schritt hat nur ein junger Mann im Alter von zwanzig bis fünfundsiebenzig Jahren.“

„Wer konnte das sein?“ fragte Fritz erstaunt.

„Segal wachte die Achseln und blickte auf Habicht. „Wer kann ein Interesse haben, der Hirs zu folgen?“ wandte sich der Doktor an seinen Pathen.“

„Ja, diese Frage habe ich mir auch vorgelegt,“ antwortete dieser. „Es kam mir fast ungläublich vor, als Segal behauptete, diese Spur gehöre keinem Andern, als dem Baronet O'Brian.“

„Unmöglich!“ rief Fritz. „Welches Interesse könnte er daran haben, die Alte durch Schluchten und Berge zu verfolgen? . . . Sie müssen sich irren, Herr Segal.“

„Ich irre mich nicht!“ antwortete dieser. „Ich sah,

der Krankheiten durch die Schulen, angeordnete Reinigung der Schulräume der höheren Lehranstalten und Gemeindeschulen, wurden ohne Diskussion genehmigt. Für letztere stellte die Versammlung 26,250 M. noch nachträglich in den Stadthaushalts-Etat pro 1. April 1885/86. — Auch überwiegt sie die weitere Vorlage über den Anlauf eines Grundstücks an der Demminerstraße zu Gemeindeschulzwecken einem Ausschusse. — Zu dem Antrage der Stadt Dr. Hermes und Gen., den Reichstag zu ersuchen, die Erhöhung der Getreidezölle abzulehnen, war vom Stadt Dr. Bellermann und Gen. der Antrag eingegangen, „zur Tagesordnung“ überzugehen; auch Stadts. Spinola mit 32 Unterzeichnern beantragte ebenfalls Uebergang zur Tagesordnung und Stadts. Reichnow glaubte, da der Reichstag über diese Angelegenheit schon Beschluß gefaßt hat, auch Uebergang zur Tagesordnung beschließen zu müssen. Zuerst sprach Stadts. Dr. Hermes zur Begründung seines Antrages und meinte, man müsse, umso mehr da schon kleinere Städte mit gutem Beispiel vorangegangen seien, gleichfalls Protest gegen die gehandhabte Wirtschaftspolitik erheben, und um jeder Mißbräutig zu entgegen, müsse gegen diese Frage gelagert werden und selbst wenn es nur eine moralische Stärkung für diejenigen sein sollte, welche den Rath haben, öffentlich ihre Meinung auszusprechen und in die Breiße zu treten, welche von den Gegnern geschlagen ist. Die Anträge auf Uebergang zur Tagesordnung dienen nur zur Deduktion für alle diejenigen, welche in der Frage nicht öffentlich Farbe bekennen wollen. (Der Ausdruck des Stadts. Dr. Hermes — die Anträge Spinola und Bellermann dienen nur zur Deduktion, um nicht öffentlich Farbe zu bekennen — wurde vom Vorsteher als „ungehörig“ erklärt. — Der Gewerkschaftsordnung gemäß, sprach der Stadt Dr. Bellermann für die Tagesordnung. Schon bei Beratung des Antrages Singer über die Vermehrung der Reichstagsabgeordneten habe er seine Meinung ausgesprochen und so glaubte er auch, daß die Versammlung nicht kompetent sei, über diese Angelegenheit zu beraten, und um nicht noch einmal seine Ansicht zu begründen, so beschränkte Reoner sich nur darauf, die Einigungsunkte zu finden, welche einige Stadtsverordneten, die aber nicht seiner politischen Meinung sind, haben. Eine Beratung über diese Erhöhung der Getreidezölle würde absolut nichts Neues hervorbringen, und ferner sei es doch sicher, daß sich der Reichstag, nachdem zwei Drittel der Abgeordneten für die Erhöhung gestimmt, nicht durch eine Petition der Stadtsverordneten-Versammlung bestimmen lasse. — Gegen die Tagesordnung sprach Stadts. Büchtemann, welcher sich in allen Punkten gegen die Ausführungen des Stadts. Bellermann wandte. Nachdem Stadts. Spinola und Reichnow in einer persönlichen Bemerkung gegen den Angriff des Stadts. Hermes entschieden Protest erhoben hatten und von Stadts. Dr. Kütten noch ein Antrag eingegangen, der dahin geht, sich mit der Petition einverstanden zu erklären, mit Rücksicht auf den im Reichstag gefaßten Beschluß aber über diese Frage zur Tagesordnung überzugehen, wurden die Anträge Bellermann und Spinola mit 31 gegen 71 Stimmen abgelehnt. — Nunmehr sprach Stadts. Spinola für die motivirte Tagesordnung und hielt die Versammlung nicht für kompetent. Die Petition würde im Reichstage keinen Einfluß ausüben und würde die Versammlung nur lächerlich machen. (Zuruf: Sehr wahr!) Dagegen glaubte Stadts. Dörfl, daß die Kompetenz in dieser Frage der Versammlung nicht abgetritten werden könne und stellte sich auf den Standpunkt des Stadts. Hermes. Stadts. Diersch hingegen hielt die Petition für eine rein politische Frage, welche nicht in der Versammlung erörtert werden darf, wurde aber von den Stadts. Singer und Döwe widersprochen. — Nachdem noch Stadts. Döpp gleichfalls erklärte, daß die Versammlung sich durch Annahme der Petition lächerlich machen würde, wurde der Schluß der Debatte angenommen, und erklärte sich die Versammlung in namentlicher Abstimmung mit 58 gegen 35 Stimmen für die Resolution, ging aber mit Rücksicht auf den im Reichstage gefaßten Beschluß über die Angelegenheit zur Tagesordnung über. Stadts. Döwe und Singer konstatarie sodann, daß sich viele Stadtsverordneten der Abstimmung über den Antrag enthalten haben, um nachher für die Resolution zu stimmen. — Hierauf wurde die Sitzung gegen 9 Uhr geschlossen.

Tokales.

Die 47. Bod-Dier-Saison ist gestern Abend resp. in der vergangenen Nacht in den für dieses Jahr wieder glänzend decorirten und theilweise vergrößerten Sälen des Bod-Brauerei-Etablissements auf dem Tempelhofer Berg durch den ersten feierlichen Bodantritt offiziell inaugurirt worden. Die Direction der Berliner Bodbrauerei, verfürort durch ihren ebenso unermüdeten wie genialen Direktor Paul Hänel, hatte auch in diesem Jahre die großartigsten Anstrengungen zu einem würdigen Empfang der ca. 500 Ehrengäste gemacht. Der von der Firma Dörber und Wävide um beinahe 1/2 seiner bisherigen Ausdehnung vergrößerte neue Saal, war für das dem Bodantritt stets vorangehende Festbankett reservirt, und dem

Freude, kam hereingeführt und fiel dem Arzt förmlich um den Hals. Der Alte mit dem verwetterten Gesicht hatte fast Thränen der Freude vergossen. Seine Stimme klang bewegt, als er Fritz die Hand schüttelte und sagte: „Du bist ein Segen für das Haus, mein Junge!“ „Bathe“, sagte Fritz, „beschäme mich nicht; Du weißt ja, daß ich das Wenigste für den Grafen gethan habe.“ „Deine Anwesenheit allein thut es schon; ich bleibe dabei.“ Habicht begrüßte jetzt erst die beiden anderen Herren und als er D'Brian erblidete, fiel ihm dessen bleiches Aussehen auf. „Es kommt mir fast vor“, sagte er, „als ob mein Bathe einen zweiten Patienten zu behandeln haben wird; Sie sehen blaß aus, Herr Baronet.“ „Finden Sie das?“ sagte dieser etwas verlegen. „Ich finde es; aber ich wundere mich nicht darüber,“ antwortete er in etwas bitterem Tone, „wenn man die ganze Nacht spazieren geht, anstatt zu schlafen.“ „Woher wissen Sie das? Woher glauben Sie...?“ „Segal hat Ihre Spur gesehen, Herr Baron!“ „Nun ja; Sie wissen ja, daß ich gestern Vormittag einen Spaziergang in der Nähe des Schlosses machte.“ „Von gestern Vormittag ist nicht die Rede,“ antwortete Habicht unerbittlich, ohne auf die Verlegenheit des Baronets Rücksicht zu nehmen; „die Spuren, welche Segal diesen Morgen sah, waren von dieser Nacht.“

(Fortsetzung folgt.)

Berliner Theater.

R. C. Am Residenz-Theater wurde vorgestern zum ersten Male „Der Vergnügungszug“, ein französischer Schwank in vier Akten, gegeben. Bevor wir auf das Stück selbst eingehen, sei es und gestattet, einige Worte über die Verwendung fremder Theaterstücke auf deutschen Bühnen vorauszusagen. Ganz entschieden spiegelt sich in den dramatischen Erzeugnissen einer Nation ein gut Stück ihres Charakters, ihrer Denk- und Anschauungsweise wieder, und die Kenntniß der Geistes-

entsprechend in überraschender Weise decorirt. Die fünf durch die Vergrößerung gewonnenen neuen Wandflächen zeigten, von bewährter Künstlerhand entworfen, das Leben und Treiben auf dem Bod charakteristische Bilder. Das Hauptorchester ist von der einen Schmalseite an der es sich bisher befand nach der rechten Breitseite dislocirt worden und gewährt auch hier wieder einer auf 50 Mann verstärkten Regimentskapelle bequemen Aufenthalt. In die sonstigen decorativen Arrangements, die zum Theil für die Bodfaision erhalten bleiben sollen, theilten sich Herr Hofkapellmeister Fischer und der durch seine großartigen Blumenarrangements am Denkmahl Friedrich des Großen bei Gelegenheit des 80 jährigen Geburtsstages des Kaisers und ähnlichen Gelegenheiten bekannte Kunstgärtner D. Pomilki, von denen namentlich der letztere das ungetheilteste Lob verdient. Auch der sogenannte alte Bodkaal, in welchem diesmal der feierliche Antritt stattfand, zeigte eine wesentlich veränderte Psychognomie. All die alten, nicht unwesentlich zur Anregung des Humors beigetragen habende Volksbilder sind von den Wänden verschwunden, um einer neuen, von dem fürstlichen Hof-Decorationsmaler Gustav Hoffmann entworfenen Bilder-Serie, zu denen natürlich Nubendtschland in Westafrika die denkbarsten Motive zu liefern hatte, Platz zu machen. Wie nicht anders zu erwarten, hat Hoffmann wieder mit bekannter Meisterschaft gearbeitet, und für seine Bilder noch dadurch besonderes Interesse erregt, daß dieselben speziell für elektrische Lichter angeordnet sind. Bei dem Eingangs erwähnten Festbankett, dem Repräsentanten der ersten Berliner Gesellschaftskreise bewohnt, brachte Herr Kaufmann Luther im Namen des durch Heiserkeit am Sprechen behinderten Direktor Hänel den Kaisertoast und Herr Hofkapellmeister das Hoch auf den Kronprinzen aus, der den Delonome der Brauerei, Herrn Harms, erst kürzlich zum Hoflieferanten ernannt hatte. Der sich in oft beschriebener Weise sehr feierlich abspielende Antritt des ersten Bodkasses fand erst nach Mitternacht statt, und beschäftigte die Behauptung der Direction in vollstem Maße, daß nämlich der beaurige Bod in der That noch etwas „süßiger“ und gehaltvoller zu sein scheint, wie im vorigen Jahre. Der Ausschank des Bodes für das Publikum beginnt, wie schon mitgetheilt, am Sonnabend früh.

a. Der ungarische Taschendieb Samuel Friedmann wurde vor einigen Tagen Abends in der Garderobe des hiesigen Opernhauses von dem diensthabenden Kriminalschutzmann dabei ergriffen, als er im Begriff war einem Herrn Uhr und Kette zu entwenden. Er gehört zu denjenigen zahlreichen ungarischen Taschendieben, welche Deutschland nur in der Absicht bereisen, um in den ersten Theatern und sonstigen feineren Vergnügungsorten, in der Reichsbahn und den sehr frequentirten Privatbanken, sowie in Eisenbahnkoupes und bei Handelsmessen Briefkästen und Uhren zu stehlen. Die Abfassung eines dieser Diebe, namentlich in den Theatern und feineren Etablissements erfordert eine hohe Gewandtheit der Polizeibeamten, da sie gewöhnlich die vornehmsten Plätze einnehmen und in ihrem Auftreten den feinen Mann zu zeigen wissen. Diese aus Budapest kommenden Taschendiebe sind meist gut klug und zum Theil Besitzer großer in Pest betriebener Geschäfte und auch eigener Häuser. In ihrer Heimath betreiben sie selten ihr Diebesgewerbe. (Vielmehr kommen nach Ungarn mit Vorliebe russische und polnische Taschendiebe, welche da von Ort zu Ort reisen und mit derselben Geschicklichkeit daselbst Taschendiebstähle ausführen, wie ihre ungarischen Diebesgenossen dies in den größeren Städten Deutschlands machen). Die ungarischen Polizeibehörden sind daher meistens nicht in der Lage, gegen diese im Auslande arbeitenden ungarischen Diebe einzuschreiten und sie unschädlich zu machen. Die Polizeidirection zu Pest hat aber während der letzten Jahre sich angelegen sein lassen, die Persönlichkeiten der „internationalen“ Taschendiebe aus Ungarn festzustellen, und es sind jetzt von dieser Behörde der hiesigen Kriminalpolizei einige 30 Photographien derartiger Taschendiebe zugegangen. Wie gefährlich diese Diebe den Besuchern feinerer Etablissements werden, ergibt sich eklatant daraus, daß im Winter 1883/84 einer derselben die Summe von ca. 10 000 M. durch Diebstähle in hiesigen Theatern und Vergnügungsorten zusammengebracht hat. — Ein Theil dieser Diebesgesellschaft pflegt namentlich zur Reizeit in den Eisenbahnzügen, welche von den Meiststätten abgehen, resp. in denselben einlaufen, in folgender Weise zu verfahren: Eine zu diesem Zweck engagierte Frauensperson, ihrem Neuhern nach zur besseren Gesellschaft gehörig lassen sie in ein theilweise bereits besetztes Koupé II. Klasse einsteigen, welche Schachteln, Paquets und sonstige verschiedene Handgepäckstücke in die über den Köpfen der Passagiere an den Koupé-Wänden befestigten Rege legen muß. Während das Frauenszimmer damit beschäftigt ist, steigen ihre Genossin — meistens operiren 2-3 Diebe zusammen — gleichfalls in das Koupé, woselbst sie sofort ausrufen: „Wir fahren ja I. Klasse.“ Nunmehr greift die Frauensperson und ihre Genossen nach den Gepäckstücken im Reg, und während die anderen im Koupé befindlichen Passagiere unwillkürlich in die Höhe nach ihrem Handgepäck sehen um unliebsamen Wechselungen zu verhüten, verläßt einer der Bande, dessen Bewegungen von den Anderen gedeckt werden, die Taschendiebstähle, worauf die ganze Bande vom Bahnhof verschwindet.

produkte fremder Völker trägt daher ungemein viel zum Verständnis ihres ganzen Wesens bei. Das Volksleben ist in dessen ein so vielseitiges, es setzt sich aus so unzähligen verschiedenen Momenten zusammen, daß es entschieden nicht genügt, sich nur mit den vornehmeren Werken fremder Dichter zu beschäftigen, sondern das warm pulsirende Leben und Treiben des Volkes offenbar sich am klarsten und deutlichsten in denjenigen Erzeugnissen der Dichtkunst, deren Stoffe der Wirklichkeit, so wie sie ist oder sein soll, entnommen sind. Aus diesem Grunde ist es immer interessant, fremde Poesien kennen zu lernen, es wird und dadurch der Unterschied, der zwischen dem Geschmack einzelner Nationen thatsächlich herrscht, in viel prägnanterer Weise vor Augen geführt, als es durch die gelehrteste Abhandlung geschehen könnte. Freilich geht gewöhnlich durch eine Uebersetzung das eigentliche Aroma des Originalwerkes verloren, die bei Weitem größte Anzahl unserer Uebersetzer versteht es nicht mehr, so in den Geist des Autors einzubringen, sich so in die Empfindungsweise desselben einzuleben, daß die Uebersetzung ein treues Spiegelbild, alle Nuancen des Originals wieder giebt. Aber dennoch hat kein Volk der Welt so ausgezeichnete Uebersetzungen aus allen anderen Sprachen wie gerade die deutsche, allerdings scheint man sich im Allgemeinen in der Zeitgeit einer solchen schwierigen, mühevollen Arbeit nicht mehr mit derselben Liebe und Sorgfalt zu unterziehen wie früher, denn die besten, geradezu klassischen Uebersetzungen, die in das wirkliche geistige Eigenthum des deutschen Volkes übergegangen sind, entstammen alle einer früheren Zeit.

Man kann nun namentlich von den neueren französischen Sünden, die auf unseren Bühnen zur Aufführung gelangen, getrost behaupten, daß in denselben weder ein richtiges Deutsch noch ein richtiges Französisch gesprochen wird. Denn wörtlich aus dem Französischen übertragenes Deutsch ist kein Deutsch, der Franzose — und das verzeihen oder übersehen die meisten Uebersetzer — drückt sich ganz anders aus als der Deutsche und es liegt wohl hauptsächlich an der mangelhaften Verdolmetschung, daß ein deutsches Publikum der französischen Dichtung gegenüber ziemlich kalt bleibt. Ein französisches Bonmot wird durch eine einfache Uebersetzung in den meisten Fällen noch lange kein deutscher Witz, und wenn der pridelnde französische Uebermuth dem Deutschen wirklich zugänglich gemacht werden soll, so gehört dazu eine viel größere geistige Arbeit, eine viel liebevollere Vertiefung in den Gegenstand, als eine solche vielfach angewendet wird.

Zur Zeit der Ledermesse in Leipzig machen diese Gunter ihr Hauptgeschäft. — Bei der Visitation der Kleider des im Opernhause festgenommenen Friedmann, fand man bei ihm noch ein Billet des Schauspielers von demselben Abend; wahrscheinlich wollte er nach der Ausführung des Taschendiebstahls im Opernhause sich nach dem Schauspielhause begeben, um da weitere Taschendiebstähle auszuführen.

a. Der fünfzigjährige Handelsmann Guttman aus Marienpol in Russland traf am 17. d. M. von Amerika über Bremen kommend auf der Durchreise nach der Heimath mit dem Abendzuge auf dem Schlesiens Bahnhof hier ein und fuhr in einer Droschke mit seinen Sachen nach einem in der Nähe des Bahnhofes belegenen Gasthof. Er hielt sich auch noch am nächsten Tage hier auf, um einen billigeren Zug nach Russland zu benutzen, entfernte sich am folgenden Morgen aus dem Gasthof, seine Sachen daselbst zurücklassend, um sich Berlin anzusehen, und trat nun seit diesem Tage (18. d. M.) umher, ohne den Gasthof, in welchem er logirte, wiedersehen zu können. Er hat nun die Hilfe der Kriminalpolizei in Anspruch genommen, welche ihn zur Auffindung des Gasthofes und zur Wiedererlangung seiner Sachen, bestehend hauptsächlich aus seiner Garderobe, zu verhelfen. Hoffentlich führt die Veröffentlichung dieser Zeilen zur Ermittlung des Gasthofes.

a. Der „Arbeiter“ Nachunat, welcher im Januar cr. vom Schwurgericht des Landgerichts II. wegen Mordes zum Tode verurtheilt worden, hatte gegen dieses Urtheil die Revision eingelegt; dieses Rechtsmittel ist jedoch vom Reichsgericht gefällig verworfen worden und das Todesurtheil hat die Rechtskraft erlangt.

N. Von der Eisenbahn überfahren. Ein sehr schwerer Unfall, der höchst wahrscheinlicher Weise bereits den Tod des Betroffenen zur Folge gehabt haben dürfte, ereignete sich vorgestern Abend 7 Uhr auf dem Außentheile des hiesigen Bahnhofs. Um die angegebene Zeit wurde der auf dem Anhalter Bahnhof beschäftigte Schirmermeister Kaiser von anderen Streckenbeamten auf dem über das Schöneberger Ufer führende Viadukt in bewußtlosem Zustande zwischen den Geleisen liegend gefunden. Die genauere Beschäftigung ergab, daß beide Oberseile zertrümmert waren. Bewußtlos mit nur noch ganz schwachen Lebenszeichen wurde der pp. Kaiser aufgehoben und zunächst nach dem Elisabeth-Krankenhaus geschafft. Allem Anscheine nach hat R. kurz nach 6 Uhr an der fraglichen Stelle das Geleise überschritten wollen, ist dabei aber von dem um dieselbe Zeit nach Lichterfelde abgehenden Zuge erfaßt und überfahren worden. Der Zustand des Verunglückten, der eine Frau und 6 Kinder hinterläßt, solle nach einer heute früh erteilten Auskunft ein vollständig hoffnungsloser sein.

N. Selbstmord durch Erhängen. Ein unglückliches Liebesverhältnis scheint abermals die Veranlassung gewesen zu sein zu einem gestern Nachmittag 5 Uhr auf dem Grundstück Schmidstr. 34 ausgeführten Selbstmord. Um die angegebene Zeit fanden Hausbewohner durch zufälliges Betreten eines Aborts, die Wädhige, nebenbei bemerkt sehr hübsche Tochter einer dort wohnenden Wittve: Hahn an dem Aborte erhängt vor. Obwohl der noch warme Körper sofort losgeschnitten und Belebungsversuche angefaßt wurden, so hatten dieselben doch kein Resultat. Auf Veranlassung der sofort benachrichtigten Revierpolizei, mußte die Leiche daher nach dem Obduktionshause geschafft werden. Die Selbstmörderin, die schon seit einiger Zeit ein auffallend stilles Wesen zur Schau trug, soll einem Eingangs erwähnten Gerüchte zufolge die unselbige That in Folge eines unglücklichen Liebesverhältnisses vollbracht haben. Die Vererdigung der Selbstmörderin soll Sonnabend Nachmittag auf dem Louise-Richhof erfolgen.

Polizei-Bericht. Am 19. d. M. Vormittags fürzte der im Lustgarten Nr. 1 im Dienst stehende Diener Engelbrecht aus einem Fenster der 4. Etage auf den Hof hinab und verfiel auf der Stelle. Die Leiche wurde nach dem Obduktionshause geschafft. — An demselben Tage Nachmittags wurde der 6 Jahre alte Knabe Goeye, Höchststraße 31 bei den Eitern wohnhaft, in der Landwehrstraße von einem Fuhrwerk überfahren und erlitt dabei Verletzungen am rechten Arm. — Um dieselbe Zeit machte ein Mädchen in der Schmidstraße in einem Anfall von Geistesgestörttheit ihrem Leben durch Erhängen ein Ende. Die Leiche wurde nach dem Obduktionshause geschafft. — Zu derselben Zeit und auf dieselbe Weise versuchte ein Mann in der Roienstraße sich das Leben zu nehmen, wurde jedoch noch rechtzeitig abgesehen und hat keinen Schaden genommen. Derselbe mußte jedoch wegen der eingetretenen Geistesgestörttheit nach der Charite gebracht werden. Am 20. d. M. früh entstand in einer Küche des Hauses Wanteuffelstraße 84 Feuer, indem die Heizenlage unter der Kochmaschine in Brand gerieth. Die Feuerwehr löschte das Feuer in kurzer Zeit.

Gerichts-Zeitung.

y. Eine cause celebre, welche derzeit nicht geringes Aufsehen erregt, gelangte gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I. zur Verhandlung. Auf der Anklagebank hatte der Verlagsbuchhändler und Druckereibesitzer Christian August

An dieser Schwäche krankte auch hauptsächlich der vorgestern im Residenztheater aufgeführte Schwank, und trotz der ausgezeichneten Leistungen des Personals und der Regie kam eine eigentliche Lustigkeit nicht so recht zum Durchbruch. Es lag das hauptsächlich daran, daß die treffenden, kurzen Neuheiten, durch welche sich der Franzose bekanntlich auszeichnet, dem Publikum nicht mündgerecht genug gemacht waren. Es soll damit durchaus nicht gesagt sein, daß der Dialog sich ganz besonders durch geistreiche Pointirung auszeichnete — im Gegentheil, derselbe erinnerte vielfach an die landläufigen Pariser Sarkasmen des „Journal amusant“, trotzdem aber hätte der Text einen ganz andern Eindruck gemacht, wenn er sich mehr dem Gefühl des deutschen Publikums angeschmiegt hätte.

Was die Handlung des Stückes anbetrifft, so bot dieselbe eigentlich nichts Neues. Trotzdem amüsiert man sich immer wieder über gewisse drollige Verwickelungen, und wenn auch bisweilen etwas stark: Humuthungen an die Phantastie des Zuschauers gestellt werden, so nimmt man dieselben eben mit in den Kauf.

Einzelne Charakterzeichnungen waren sehr hübsch und wurden von den Darstellern in anerkennenswerther Weise wiedergegeben. Herr Banks war sehr gut in der Rolle des mondänen Befängnisdirektors, der ganz aus Eigennuz und Drollberei zusammengeleitet ist. Ein kleines Bractstück einer sogenannten „pilanten“ Frau lieferte Fräulein Jolanda in der Opéelle. Solche Rollen sind ziemlich schwierig durchzuführen, weil immer ein besonderer Takt dazu gehört, Anstößiges zu vermeiden und dabei doch „pilant“ zu bleiben. Herr Wallner als Pompanac trug ein wenig zu stark auf, auch fehlte seinem Spiel eine gewisse Abrundung. Fräulein Wismar spielte sehr reizend, sehr naiv — aber die junge Dame scheint zu wissen, daß sie schöne Hände hat.

In Uebrigen that man nach jeder Richtung hin seine Schuldigkeit. Die Regie des Herrn Anno ist ja bekannt.

An den „Vergnügungszug“ schloß sich ein reizender kleiner Einakter, „Die Schulreiterin“, an. Eine lebenswürdige, humoristische Plauderei, in wenigen Strichen nach dem Leben gezeichnet, ohne besondere Effekthaserei — voila tout.

Es ist gewiß ein ganz eigenartiger Kontrast, nach dem französischen Schwank das deutsche Lustspiel. Entschieden machte er auch seinen Eindruck auf das Publikum und wir glauben ganz gewiß, daß diesmal die französische Spötterei vor dem deutschen Humor die Segel streichen mußte.

Hager aus Chemnitz plag zu nehmen, der beschuldigt war, den Chefredakteur des Kladderadatsch, Dr. Rudolf Löwenstein förmlich mißhandelt und durch vier andere selbstständige Handlungen öffentlich beleidigt zu haben. Der Anklage liegt, was den ersten Punkt betrifft, ein Vorfall zu Grunde, der sich am Morgen des 22. August v. J. in der Wohnung des Dr. Löwenstein, Algardenstr. 98 II. abspielte und den der Leserte bei seiner Jugendvernehmung folgendermaßen darstellte: „In der zehnten Stunde habe ihm sein Diener gemeldet, daß ein fremder Herr ihn zu sprechen wünsche, doch habe er denselben abweisen lassen, da er des Vormittags prinzipiell keine Besuche empfangen. Der Fremde habe seine Bitte, vorgelassen zu werden, erneuert und angegeben, daß er ein Beamter sei, Namens „Potenzbauer“, welcher dringend seines Rathes bedürfe. Nunmehr habe er den Besuch empfangen. Es sei der Angeklagte gewesen, der in ruhigem Tone, sich für einen Schmarer des Buchhändlers Hager aus Chemnitz ausgebend, erklärte, von letzterem beauftragt zu sein, dem Dr. Löwenstein einen Besuch abzustatten, um mit demselben wegen einer in der Nummer 37 des „Kladderadatsch“ erschienenen Briefkastennotiz, in welcher Hager arg mitgenommen wurde, Rücksprache zu nehmen. Dr. Löwenstein begab sich zu einem seitwärtsstehenden Regal und suchte die betr. Nummer des „Kladderadatsch“ heraus; worauf er die erwähnte Notiz durchlas. Haben Sie dies geschrieben? fragte der Fremde. „Nein, geschrieben habe ich es gerade nicht, aber ich habe es durchgesehen und gutgeheßen, wenn Herr Hager sich dadurch beleidigt fühlt, so mag er das Gericht in Anspruch nehmen,“ erwiderte Dr. L. Kaum hatte er dies geäußert, da erhielt er von dem inzwischen hinter ihn getretenen Angeklagten unter dem Ausruf: „Du Sch...“, ein heftiges Schlag gegen den Hinterkopf. Bevor der durch den unvermutheten Ueberfall völlig fassungslos Dr. L. zu sich kam, ergriff der Attentäter die Flucht und wollte die Treppe hinuntersteigen, konnte aber wegen der vor der Korridorhürde befindlichen Diebstahlschelle, diese nicht so schnell öffnen und stieß nun seinerseits mittelwüthiger Weise gellende Hilferufe aus. Dr. L. hatte inzwischen einen Stock ergriffen und machte sich an die Verfolgung des Flüchtigen und dieser hatte den ersten Absatz der Treppe bereits hinter sich, als er dem Sohne des Dr. L., der durch den Skandal herbeigeloht worden, gerade in die Arme lief. „Halt ihn auf, er hat mich geschlagen!“ rief ihm der Vater zu, doch zog dieser es vor, dem Angeklagten einen Stoß zu geben, daß er den Rest der Treppe mehr herunterstog als lief und sodann die Straße gewann. Der Angeklagte begab sich sodann in das nächste Polizeirevier, legitimierte sich und erklärte, daß er den Dr. Löwenstein in seinem Hause geschlagen. Nachdem er den Sachverhalt zu Protokoll gegeben, fuhr er, um nach Hause zu reisen, zum Bahnhof, schrieb aber noch von hier aus dem Dr. Löwenstein eine Karte, in welcher er dem Adressaten mittheilte, daß er ihm über den Vorfall noch nähere Aufklärung geben würde. Die Ursache zu diesem beispiellosen Gewaltakte ist in Folgendem zu finden: Der Angeklagte, der bereits zweimal wegen Vertriebes unzüchtiger Schriften verurtheilt ist, war im April v. J. wiederum mit der Amtshauptmannschaft zu Glauchau in Konflikt gerathen, weil diese Behörde seinen Kolportieren Heften unzüchtigen Inhalts konfisziert hatte. Er glaubte sich zu Unrecht behandelt und versel auf die etwas unglückliche Idee, die Redaktion des Kladderadatsch um ihren Rath in dieser Sache anzugehen. Diese prüfte die ihr zur Beurtheilung übergebenen Hefte auf ihren sittlichen, oder vielmehr unsittlichen Inhalt und mußte wohl zu derselben Ansicht wie die sächsische Behörde gekommen sein, denn Herr Hager, der sich derzeit zur Kur in Nordsee befand, erfuhr das eines Tages aus der erwähnten Briefkastennotiz, was ihm sehr schlecht gefiel. Unter voller Nennung seines Namens wurde ihm nicht nur vorgeworfen, daß ein Theil der von ihm vertriebenen Werke von Joten und Unsittlichkeiten förmlich wimmelte, sondern auch daß die Art seines Vorgehens in dieser Angelegenheit von einer Unvorsichtigkeit zeuge, die öffentlich gebrandmarkt zu werden verdiene. Herr Hager fuhr mit dem nächsten Zuge nach Berlin und direkt zum Bahnhofe nach Dr. Löwenstein's Wohnung, wofelbst die vorbeschriebene Szene stattfand. Dr. Löwenstein eilte sofort nach dem Vorfall in die Redaktionen der Boffischen Zeitung, des Berliner Tageblattes und des Börsen-Kourier, um den Sachverhalt mitzutheilen und am nächsten Tage erschien ein Referat über diese Begebenheit unter der Spitzmarke „Ein meuchlerischer oder hinterlistiger Ueberfall“ u. s. w. Dieser Bericht ist auch von dem ihm nicht ermittelt worden — dem „Chemnitzer Tageblatt“ telegraphisch zugegangen, und am nächsten Tage zum Abdruck gelangt. Als Antwort hierauf schickte Hager zunächst einen von ihm verfaßten Bericht an die Redaktionen der „Börschen Zeitung“ und des „Börsen-Kouriers“, in welchem der Vorfall wesentlich anders dargestellt war, und diesen Bericht ließ er auch noch in dem „Chemnitzer Nachrichten“ veröffentlichten, an die Anschlagssäulen in Chemnitz leben und durch Dienstmänner unter die Table d'hôte für der Hotels vertheilen. Hierdurch zog er sich die Anklage wegen Beleidigung zu. Im Verhandlungstermin bestritt der Angeklagte die ihm zur Last gelegten einzelnen Thatfachen keineswegs, nur stellte er in Abrede, die Reise nach Berlin mit der Absicht unternommen zu haben, sich thätlich an den Dr. Löwenstein zu vergreifen. Die unüberlegte That sei die Folge einer begreiflichen, ihm fast die Sinne taubenden Erregung gewesen, als er seitens des Dr. Löwenstein eine so scharfe Abweisung erfahren. Auch bestritt er energisch, demselben hinterträdes einen Schlag versetzt zu haben, er habe ihm nur Auge in Auge, einen Schlag auf die Wange gegeben. „Ich räume ein, daß ich eine große Rohheit begangen habe, meine aber, daß derjenige, der mich dazu trieb, noch schlimmer ist,“ meinte er am Schlusse seiner Rede. Darauf folgte die Vernehmung des Dr. Löwenstein, welcher mit voller Bestimmtheit behauptete, den Schlag hinterträdes erhalten zu haben. Die Redakteure Dr. Steinhilber und Landau wurden nur in Betreff der Beleidigungslage vernommen. Staatsanwalt Hansmann führte aus, daß er auf Grund der Jugendvernehmung zu der Ueberzeugung gelangt sei, daß hier sogar eine Körperverletzung mittelst hinterlistigen Ueberfalls vorliege und erklärte, daß er die Anklage auf dies schwerere Delikt ausdehne. Die von der Redaktion des Kladderadatsch zu beurtheilenden Werke seien in der That, wie er aus eigener Wissenschaft behaupten könne, so gemein jötiger Natur gewesen, daß er geglaubt habe, den Gerichtshof mit der Verlesung derselben versehen zu müssen, die Briefkastennotiz im Kladderadatsch sei eine völlig korrekte Antwort gewesen. Das Verfahren des Angeklagten verdiene eine energische Strafe und beantrage er, dieselbe insgesamt auf 6 Monate Gefängniß zu bemessen. Der Gerichtshof trat aber den Ausführungen des Vertheidigers Reichsanwalt Dr. Sello bei und nahm den hinterlistigen Ueberfall nicht als vorliegend an. Das Urtheil lautete auf 4 Monate Gefängniß und wurde dem Dr. Löwenstein auch die Publikationsbefugniß in der „Voss. Zig.“, dem „Kladderadatsch“, dem „Börsen-Kourier“ und dem „Chemnitzer Tageblatt“ zugesprochen.

vielfach die Köpfe geschüttelt, man hat nachzuweisen gesucht, daß dies nur in Ausnahmefällen geschehen sei, aber wie viele Erkrankungen mögen vorgefallen sein bei einzelnen Personen, die dem vergifteten Brod zuschreiben sind, von deren Ursache aber die behandelnden Aerzte keine Ahnung gehabt haben mögen? Doch jetzt handelt es sich auf einmal um eine Kompagnie Soldaten. Jetzt wird man hoffentlich mit aller Strenge die Untersuchung einleiten und den Fällchem, diesen gemeingefährlichen Subjekten, die Geld, Ehre und Glanz bei ihren Verfassungen erwerben, mit aller Energie zu Leibe gehen. Wozu dient nun eigentlich der Schwerepsth? Das weiß eigentlich Niemand recht. In den meisten Nachtstraßenweilen heißt es ganz lakonisch: Der Schwerepsth wird zur Verfassung von Mehl und Zucker vorgezogen benutzt. Also deshalb wird der Schwerepsth hergestellt, lediglich zur Verfassung der Nahrungsmittel, deshalb wird er in den Handel gebracht, deshalb an die Mischbändler verkauft! Außerdem soll Schwerepsth noch als Bleiweißsurrogat dienen. Da er aber nur den fünften Theil der Kraft von Bleiweiß besitzt, so ist das Surrogat ebenso theuer wie Bleiweiß selbst und somit überflüssig. Wir werden nun zunächst abzuwarten haben, ob der Krankheitsverlauf in der Garnison Rottbus den Aerzten Recht darin giebt, daß eine Vergiftung durch Schwerepsth wirklich vorliegt. Ist dies in der That der Fall, so wird doch wohl die Gesezgebung mit aller Energie einschreiten müssen. Bemerkenswerth ist dabei noch Eins: Ältere Getreidezöller sagen bekanntlich: Die Erfahrung — nämlich die, welche sie gemacht zu haben meinen — zeigt, daß das Brod in Folge der Hitze weber kleiner noch theurer geworden ist. Wäre diese Erfahrung richtig, würde damit auch erwiesen sein, daß Mehl und Brod in Folge von Hohenhöbungen nicht Schwerepsthhaltiger werden!

Militärwerkstätten. Aus Berlin schreibt man dem „Recht auf Arbeit“: Die Klagen der Gewerbetreibenden über die Konkurrenz der Militärhandwerker nehmen kein Ende. Dem Reichstage ist unlängst wieder eine darauf bezügliche Petition aus Darmstadt zugegangen, worin speziell über die Schneider-, Schuhmacher- und Sattlerwerkstätten des in Darmstadt-Befestigung garnisonirenden Dragoner-Regimentes geklagt wird. Die Arbeiter darin sind Soldaten, deren Vorkarbeiter neben Gehalt, Brod und Service noch einen bestimmten Zuschußverlohn beziehen. Die Petenten beklagen sich nun darüber, daß die Militärhandwerker nicht nur für die Offiziere, sondern auch deren Familienangehörige arbeiten, sogar für die Einjährigen ein gewisser „Dienstzwang“ bestehe, ihre gesammte, je auf etwa 1000 Mark geschätzte Einkünfte in der Kaserne herstellen zu lassen. Damit nicht genug, hätten sich diese Werkstätten zu vollständigen Ausrüstungsgeschäften entwickelt, die auch aus größeren Fabriken bezogene Monturstücke weiter verkaufen, und u. A. einem Darmstädter Rentier eine große Anzahl Sattelgurte geliefert hätten, und zwar genau um 1 Mark billiger, als es die Darmstädter Sattler liefern könnten, die ihre hohen Tageslohn und Arbeitslöhne beim Preise in Anspruch bringen müßten. Da derartige Geschäfte außerordentlich heinlich betrieben würden, erfahre man nur schwer den Sachverhalt, aber den Reichstage eine Untersuchung veranlassen wolle zu dem Behufe, dieser das Gewerbe ruinirenden Konkurrenz abzuhelfen. Es wird Niemand das Berechtigter dieser Klagen in Abrede stellen können und der als Korreferent bei dieser Petition fungirende Abg. Bierck wird es sich speziell angelegen sein lassen, soweit als dies bei der Zusammenfassung des Reichstags möglich, im Sinne der Petition Abhilfe zu schaffen.

Die Spekulanten schaffen noch Unmassen von Getreide nach Deutschland, ebe Sperriegel und Zoll in Kraft treten. Auch Berlin spürt das. Als ob eine Verproviantirung Berlins im Werthe wäre, so sieht es augenblicklich aus dem Saaleschen, dem Wölflinger und dem Ostbahnhof aus. Sowie das Auge reicht, fällt es auf Waggonladungen mit Mehl. Die königliche Eisenbahndirektion hat bereits die Vorgeschrift von sechs auf drei Tage herabgesetzt, und da es ihr an Personal zum Entladen fehlt, die Empfänger ermächtigt, selbst die Waggonen entladen zu lassen, was binnen zwölf Stunden geschehen muß. Die großen Speicher in der Mühlenstraße und am Planufer füllen sich mit Nacht, und immer neue Plüge rollen aus Ungarn heran, bis die Sperre die Kloppe zumacht. Mancher wird mit einer Nasenlänge fliegen, Mancher an der Grenze hängen bleiben.

Zur Regelung der Sonntags-Briefbestellung werden in der „Neuen Westf. Zig.“ folgende Vorschläge gemacht: 1) Jede Postsendung, sei es Brief, Postkarte, eingeschriebener oder Werthbrief, Kreuzband, Muster, Zeitung oder Paketsendung, welche Sonntags ausgegeben oder angenommen oder expedirt werden soll, muß mit einer eigens für diesen Zweck angefertigten, sofort erkennbaren Sonntags-Eilmarte im Werthe von 20 Pfennig an bestimmter Stelle versehen sein, obgleich von dem sonstigen Wertporto der Sendung. 2) Die Postbriefkasten werden nach wie vor auch Sonntags zu den angelegten Zeiten geleeert, expedirt aber werden nur die mit Eilmarte darin vorgefundnen Sendungen. 3) Der durchgehende Verkehr wird von diesen Maßregeln nicht berührt. Die den Briefschaltern der Postzüge anvertrauten Sendungen werden nur dann expedirt, wenn sie mit einer Eilmarte versehen sind; der Rest bleibt unerledigt oder wird der nächsten Haltestelle übergeben. 4) Jede telegraphische Depesche, welche Sonntags ausgegeben wird, unterliegt einem Aufschlag von 50 Pfennig. Depeschen mit bezahlter Antwort tragen den doppelten Aufschlag.

Hann. Münden, 6. Februar. Die Schneider Deutschlands werden gebeten, soviel wie möglich Hann. Münden zu meiden, auch werden die Schneider von außerhalb, welche jetzt schon hierher arbeiten, um ihre Adressen gebeten. Wir sind hier wegen schlechter Behandlung und wegen niedriger Lohnzahlung gezwungen, höhere Lohnforderung und Ansprüche auf bessere Behandlung an die hiesigen Geschäftsführer zu stellen. Auch werden wir hier wahrscheinlich einen Fachverein gründen. Also vor Juzug wird dringend gewarnt.

Skavenhandel. Der französische Konsul in Janybar theilt der geographischen Gesellschaft in Paris in einem Schreiben erheuernde Details über den afrikanischen Skavenhandel mit. Es herrscht gegenwärtig fast in ganz Zentral-Afrika eine solche Hungersnoth, daß die unglücklichen Regter, um dem Tode zu entkommen, in Masse sich bei den arabischen Händlern einfinden, um ihnen ihre Weiber, Kinder und sich selber als Sklaven zu verkaufen. Die „menschliche Waare“ ist derart im Preise gestiegen, daß kräftige Männer in Menge zu 4 Francs, Frauen zu 9 Francs auf dem Markte ausgetrieben werden.

Vereine und Versammlungen.

h. Die große öffentliche Versammlung der Berliner Metallarbeiter aller Branchen, welche am Donnerstag, den 19. d. M. in der „Arnonia“ (Wrangeistr.) stattfand, um sich mit dem bekannten Strike in der Joseph'schen Armaturen-Fabrik zu beschließen, über den als Referent der Stadtverordnete Fritz Goerck unter großem Beifall der Versammelten sprach, war sehr gut besucht. Zum ersten und zweiten Vorsitzenden der Versammlung wurden die Herren W. r. e. und Eggert (die Vorsitzenden des „Fachvereins der Metallarbeiter in Gas-, Wasser- und Dampf-Armaturen“) gewählt. Herr Goerck ging in seinem ausführlichen Referate von allgemeinen Betrachtungen über die modernen Strikes der Arbeiter aus, welche (die Strikes) zwar eine „zweischneidige Waffe“, aber vorläufig immer noch das Machtmittel der Arbeiterklasse seien, womit diese zeitweise den ärgsten Ausdehnungen der allzu übermüthig werdenden Kapitalmacht entgegenzutreten und unter Umständen wohl auch erfolgreich entgegenzutreten vermöge. Auf die bekannte Ursache des — wie

Redner zeigt — vom Fabrikanten selbst provozierte Strikes näher eingehend, betonte derselbe die große prinzipielle Bedeutung dieser Arbeitseinstellung, bei der es sich, wie man weiß, um den Versuch einer halbständigen Verlängerung der Arbeitszeit durch halbständige Verkürzung der bisher 1 1/2 stündigen Mittagspause handelte, um einen Versuch, der, wenn er gelänge, gewiß seitens vieler, oder gar der großen Mehrzahl der hiesigen Fabrikanten Nachahmung fände. Die Strikenden hätten daher umso mehr auf die Unterstützung aller Arbeiter gerechten Anspruch, als sie bei ihrer Arbeitseinstellung weniger ihr eigenes, als wie das Interesse der Gesamtheit aller Berliner Arbeiter zu wahren bemüht gewesen wären. Auch hätten sie sowohl als Mitglieder des Fachvereins ihrer Branche (Gas-, Wasser- und Dampf-Armaturen), wie auch durch ihre lebhaftest Betheiligung an den Sammlungen in den Werkstätten bei der vorjährigen Lohnbewegung sich besonders ausgezeichnet. An und für sich aber gebiete schon das eigene Interesse einem jeden Berliner Arbeiter, gleichviel in welchem Produktionszweige er thätig sein möge, dieser Arbeitseinstellung der vormaligen Arbeiter der Joseph'schen Fabrik um jeden Preis zum Siege zu verhelfen; denn das gefährdete Prinzip einer mäßigen Normal- resp. Maximalarbeitszeit sei unter allen Umständen der äußersten Opfer und Anstrengungen werth. Unter Anderem kam der Redner auch auf die jetzige Zentralisationsbewegung der Metallarbeiter zu sprechen, wobei er die vielfachen Vorteile einer einheitlich zentralisirten Organisation gegenüber jeder anderen Organisationsform eingehend erörterte. So betonte er beispielsweise, daß nur die einheitliche, konsequente Zentralisation im Stande sei, dem überfluthenden Zustrom von provinzieller Arbeiterschaft nach der Hauptstadt einen wirksamen Damm entgegen zu setzen. Auch beleuchtete der Referent nach allen Seiten hin die bekannte Lage des nicht weniger als, wie Herr Joseph meint, „schon beendeten Strikes“ und nach, daß derselbe in seiner Hinsicht als ausfichtslos für den Sieg der Arbeiterschaft anzusehen sei, sondern daß im Gegentheil in nicht ferner Zeit der endliche Sieg unerschöpflich streikenden Arbeitern zu Theil werden müsse, da die jetzige Arbeitsperson des Herrn Joseph auch nicht entfernt zur längeren Fortsetzung des Betriebes ohne die empfindlichsten Verluste für den Fabrikanten geeignet sei. Mit einem enthusiastischen Appell an alle Metallarbeiter und Arbeiter Berlins zu energischer Weiterunterstützung des Strikes schloß der Redner seinen stündenden Vortrag. Derselben folgte eine sehr animirte Diskussion, an der sich zahlreiche Redner ausnahmslos für die Unterstüzung gerade dieses Strikes aussprachen, dessen stetiger Abschluß eine der wichtigsten Interessenfragen für alle Berliner Arbeiter berührt, während ein mit der Niederlage der Arbeiter endender Betrieb desselben ein verhängnisvoller Schlag für die Berliner Arbeiterschaft sein würde. Bezüglich der vom Referenten erwähnten Organisations- resp. Zentralisationsfrage sprach Herr Quinten (vom Verein der Berliner Metallarbeiter) und noch ein anderer Redner zu Gunsten der Zentralisation, die Herren Eggert und Schäffer Mithie gegen dieselbe, nicht prinzipiell, sondern wegen Besugnahme auf die derzeitige Praxis und die in der Hinsicht oft geäußerten und allgemein bekannten Bedenken. Schließlich nahm die Versammlung einstimmig eine aus der Mute hervorgegangene Resolution in Sachen der Arbeitseinstellung an. Die Versammelten erklärten sich in der Resolution mit den Ausführungen des Referenten über den Strike in der Joseph'schen Fabrik völlig einverstanden und versprechen, denselben auch fernest nach bestem Vermögen und mit allen gesetzlichen Mitteln energisch unterstützen zu wollen. Bei Punkt 2 der Tagesordnung (Verschiedenes) wurde der Vorsitzende unter Anderem die von der Versammlung zu einem gewissen Anwillen angenommene Mittheilung, daß wegen seines Verhaltens beim Strike in der Joseph'schen Fabrik Mitglied aus dem Fachverein der Branche ausgeschlossen (Metallarbeiter Fr. Huth, nachdem er noch am vorigen Sonntag (den 15. d. M.) sich schriftlich verpflichtet hatte, die Arbeit der Joseph sofort wieder einzustellen, schon am 16. d. M. die damals gegebene Unterschrift durch eine Postkarten-Mittheilung an die Fachkommission des Branchen-Fachvereins (für Gas- u. Armaturen) abermals zurückgezogen, und die Arbeit bei Joseph fortgesetzt hat, weil wie er schreibt, „der Chef (Herr Joseph) am Montag geäußert habe, daß er diejenigen seiner früheren Arbeiter, welche die wieder aufgenommenen Arbeit noch einzustellen sollten, durchaus nicht wieder in Arbeit nehmen würde.“ Somit wäre — hatte Herr Huth in der Diskussion noch bemerkt — seine Arbeitseinstellung doch nutzlos, da die Kollegen ihm nicht zur Seite stehen, er ziehe daher die gegebene Unterschrift wieder zurück. Ueber alle übrigen Punkte in mancher Hinsicht bemerkenswerthen Momente der bewegten Diskussion müssen wir leider, der Raumbeschränktheit wegen, hinweggehen.

Kleine Mittheilungen.

Jülich, 16. Februar. Als Kuriosum entnimmt die „Neue Westf. Zig.“ folgende Lokalnotti: Die im Jahre 1800 stattgefundenen jährliche Entleerung der Oeferschiebe für die Armeen in den Kirchen der verschiedenen Konfessionen hat folgendes Resultat: in der katholischen Pfarrkirche M. 15, in der evangelischen M. 3,18, in der evangelischen Kirche M. 2, in der Synagoge ein Hofenknoß, in Summa M. 27,18 und ein Hofenknoß.

Ein Denkmal. Unter den durch die geplante neue Anlage der Stadt Paris zu bestreitenden Ausgaben figurirt auch der Betrag von einer Million zur Errichtung eines Denkmals zur Erinnerung an die große Revolution. An diesem Denkmal sollen die Bilder der Voltairer, Redner und Philosophen, die jener Zeit angehört haben, angebracht werden. Die Einweihung soll 1889 während der Weltausstellung stattfinden.

Eine heitere Dynamitgeschichte erzählt die „Zähr. Post.“ Am vergangenen Donnerstag Abend wurde im Rathhause zu Gotha eine geheimnißvoll erscheinende Blechbüchse aufgefunden. Keiner der anwesenden Beamten mochte sich der fürchterlichen Defignung derselben erwaschen konnte. Ein Beamter der Defignung der Büchse die Explosionsgefahr besichtigen sollte, er auf dem Rathhause anlang und die Büchse erblickte, rief er sofort, schredensbleich geworden aus: „Da ist Dynamit!“ Alle wich entsetzt zurück, denn der bewährte Feuermann mochte die Sache ja genau kennen. Da, als die Bestürzung des Gipfels erreicht, machte sich Einer, muthig der schredlichen Gefahr ins Antlig schauend, daran, die Büchse zu öffnen. Die Defignung gelang vortreflich, es erfolgte keine Explosion, die Gefahr war beseitigt; die Fortgelaufenen kamen nach und nach wieder zurück, ihren muthigen Genossen bewundernd, die hobetivoll und stolz wegen seiner beherzten Handlung den stärksten und den wieder glücklich gewordenen Kollegen den stärksten Inhalt der Büchse zeigte, es war — gemahlener Kaffee!

Zwei Mitglieder des Braunschweiger Kreislandmannvereins hatten sich in öffentlicher Sitzung dazu bekannt, mit dem sozialistischen Vertreter des hiesigen Wahlkreises auch in Gotha zu haben. Welch ein Frevel! Naivität stellten auch die Uebereifrigen den Antrag, es möchten die Beiden aus dem Vereine ausgeschlossen werden. Solche Anträge werden von einer Kommission zur Vorprüfung übergeben. Der betreffende Ausschuss erstattete gestern Abend Bericht über seine Vertheilungen und war in seiner Mehrzahl für das Verbleiben der betreffenden in dem Vereine. Auch der Verein entschied sich für die Sozialisten gethan!

Soziales und Arbeiterbewegung.

Zur Lebensmittelverfälschung. Wir theilten schon vor längerer Zeit mit, daß 160 Soldaten in der Kaserne zu Rottbus schwer erkrankten, an der Trichinose, wie man anfangs glaubte, — an Schwerepsthvergiftung, wie sich zuletzt herausstellte. Dazu bemerkt die „Damb. Bürgerz.“: „Vergiftung durch Schwerepsth! Das ist ja eine alte Geschichte, zahlreiche Artikel und Broschüren sind zu Ende der vorigen Jahre darüber geschrieben worden, daß das Mehl mit Schwerepsth vermengt zu Brod gebacken werde. Man hat damals

Politische Uebersicht.

Schäfer. Bekanntlich hat vor Kurzem der deutsche Handels- tag in Berlin seine Generalversammlung abgehalten. Die Beschlüsse sind in der Tagesordnung, doch wurde dieser Tag in letzter Zeit noch abgelehnt, weil, wie der Herr Schäfer bemerkte, Referent und Konfereent abgereist waren, einem etwas beschleunigten Süddeutschen in diese Entscheidung doch etwas schauertig vor und er hielt eine kleine Entschuldigungsrede, wobei er seine Gegnerschaft gegen die Getreide- zölle brante. Nunmehr rückte der Herr Schäfer, zwar in verkürzter Weise, mit dem eigentlichen Grunde heraus. Der Handelstag vertritt gleichmäßig Handel und Industrie und die bei der Getreidezollfrage die Interessen dieser beiden Stände sind die gleichen, deshalb sollte die Frage nicht einseitig auf dem Handelswege entschieden werden. — Wir sind mit der Meinung, daß Handel und Industrie, letztere schon in ihrer beschleunigten Abreise wegen, gleichmäßiges Interesse an der Getreidezollerhöhung haben. Aber die Industrie ist mit der Landwirtschaft zusammen im Jahre 1879 Schächer geblieben. Sie hat damals schon für die Erlangung industrieller Schutzzölle den Kornzoll an die Agrarier ausgeliefert. Genau so wie Schächer treiben die Industriellen jetzt wiederum mit den Agrariern zusammen, beide gegen das Interesse der von ihnen beschäftigten Arbeiter. Und so laufen allerdings, durch solchen Schächer-Verträge, inaktuell die Interessen der Industrie und des Handels zuwider. Deshalb wurde denn nun auch auf dem Handelswege erneuter Schächer getrieben, oder um Schächer zu parieren: „Das ist der Fluch der bösen Schächer, daß er fortwährend neuen Schächer muß gebären.“

Der Reichstag kommt aus seinen Ferien zurück und hat nicht nur die ganze Woche und fast die vorige dazu hat er sich nicht anders verhalten, als über Zölle auf Nahrungs- mittel. Die Verhandlungen aber waren im Großen und Ganzen ohne Resultat, da die Entscheidung doch ausfiel, wie sie schon am 1. d. M. in der „Wirtschaftlichen Vereinigung“ beantragt hatte. Nur bei einzelnen Punkten traten einzelne, kleine Ermäßigungen ein. Neben dem Plenum tagen zur Beratung der Zolltarif- novelle zwei Kommissionen, eine für die Holzzölle, die zweite für die übrigen Industriezölle. Dieselben stehen noch im An- fange ihrer Arbeit, doch dürfte es jetzt schon feststehen, daß wesent- liche Veränderungen nicht vorgenommen werden. — Nächsten Sonntag soll die zweite Lesung der Dampfer-Subventionsvorlage stattfinden und daran anschließend, die dritte Lesung des

Das Sperrgesetz ist nach einer solchen eingetrossenen Nach- richt auf Beschluß des Bundesraths heute morgen 8 Uhr an dem Reichstag in Kraft getreten.

Der Bericht über die Thätigkeit des Reichstages für das Auswanderungswesen während des Jahres 1884 ist jetzt dem Reichstage vorgegangen. Danach haben die vorangegangenen Revisionen der Schiffe, Logishäuser etc. im vorstehenden Jahre zu keinen bedeutenden Ausführungen Veranlassung gegeben; in den vereinzelten Fällen, wo Aus- wanderer zu machen waren, ist solchen seitens der Abredeien der Expeditionen stets sofort bereitwilligst abgeholfen worden. Verlust von Menschenleben veranlaßt Unglücksfälle haben in diesem Jahre nicht betroffen. Bei Zusammenstoß eines Bremer Auswanderungsdampfers mit einem deutschen Kriegsschiffe gingen Menschenleben nicht verloren. Die Auswanderung hat 1884 gegen das Vorjahr um einige Tausende abgenommen. Aus Hamburg, Bremen und Stettin wurden befördert 195 000 Personen, wovon 119 000 Deutsche waren gegen 201 000 beim. 143 000 in 1883, 119 000 bzw. 119 000 in 1882 und 247 000 bzw. 184 000 in 1881. Von den 126 511 Auswanderern des Jahres 1884 waren 69 888 männlich, 56 623 weiblich. Es gingen 75 776 über Bremen, 49 985 über Hamburg, 751 über Stettin. Nach den Vereinigten Staaten von Amerika gingen 67 462 männliche und 55 836 weibliche Auswanderer, nach Britisch-Nordamerika 393 und 214, nach Brasilien 482 und 249, nach Argentinien 476 und 214, nach Chile 198 und 198, nach anderen südamerikanischen Staaten 146 und 73, nach Afrika 165 und 65; nach Australien 47 und 229. Die wenigen übrigen zerstreuten sich nach Persien, Westindien und Äth. — Preußen stellte 86 000 Aus- wanderer, Bayern 11 000, Sachsen 4 900, Württemberg 6 117, Baden 2 410, Hessen 2 600, Mecklenburg-Schwerin 3 900, Oldenburg 1 800, Bremen 1 133, Hamburg 2 481, die übrigen deutschen Bundesstaaten sämtlich unter 700. Von den preussischen Provinzen stellte Pommern (14 700), die meisten Auswanderer, dann Westpreußen (13 500), Posen (12 920), Hannover (11 000), Schleswig-Holstein (8 100), Brandenburg (7 800), Hessen-Nassau (6 000), Sachsen (4 200), Sachsen (2 800), Westfalen (2 690), Ostpreußen (1 660), Rheinland (1 590).

Frankreich.

Die Erklärungen Jules Ferry's in der gestrigen Sitzung haben zum Theil überrascht. Man hatte namentlich — so wird der „Nat. Bl.“ telegraphirt — nicht erwartet, daß der Konseil-Präsident sich so entschieden weigern würde, über den positiven Zeitpunkt der Neuwahlen irgend eine Ansicht auszusprechen und war auch nicht darauf gefaßt, daß Jules Ferry den Vor- schlag des Wahlgesetzes zu bestimmen. Die Kommission war durch diese Erklärungen wenig befriedigt, was sie dadurch be- stätigt, daß sie mit fünf gegen drei Stimmen die von Jules Ferry beantragte Festsetzung der Neuwahlen auf den ersten Oktober-Sonntag im Wahlgesetze beschloß. Dadurch wird die Festsetzung vermehrt, daß die Frage hinsichtlich der Einführung des Pluralstimmrechts erste Schwierig- keiten hervorruft wird. Der Minister hatte sein Einver- ständnis damit ausgedrückt, daß die Debatte über das Wahl- gesetz sofort nach der Beendigung der Debatten über das Wahlgesetz stattfinden sollte. Der Depulirte Epalle stellte seinen Antrag, der mit 239 gegen 216 Stimmen angenommen wurde. Diese auffallend geringe Stimmenmehrheit erregte

Großbritannien.

Der deutsche Kommissar für die deutsch-englischen kom- mercialen Verhandlungen in London wegen des Ausgleichs der Meinungsverschiedenheiten betrefend der Südfsee, Inseln, New-Guinea's und Fidschi's ist nach London abgereist. Die

Verhandlungen werden in zwei Kommissionen geführt werden, von denen die eine für die Südfsee und New-Guinea und die andere für Fidschi bestimmt ist. Die Grundlage der Verhandlungen dürfte im Allgemeinen die der deutschen Note an Lord Granville vom 2. August 1884 beigelegte Denkschrift bilden, in welcher der Wunsch ausgesprochen ist, mit England sich über die geographische Abgrenzung der beiderseitigen Inter- essenphären zu verständigen, den beiderseitigen Staatsangehörigen den Genuß wohlverordneter Rechte zu gewährleisten, in allen Beziehungen des Handels, der Schiffahrt und der Niederlassungsfreiheit den Grundsatz der Gleichstellung zur Geltung zu bringen und sich über die gemeinsame oder gleich- mäßige Ueberwachung des Arbeiterhandels zu verständigen.

Parlamentarisches.

Bei der Stichwahl zum Reichstage im IV. Mecklenburger Wahlkreise hat nach den bis jetzt vorliegenden Nachrichten der liberale Kandidat Wilbrandt gesiegt.

Die Arbeiterschutts-Kommission des Reichstages hielt gestern Vormittag eine Sitzung und beriet im Anschluß an die Dislokation der Frage der Sonntagsruhe den Antrag des Abg. Dr. Nieder u. Gen., welcher dahin geht, es den Einzelregierungen anheim zu geben, nach den örtlichen und lokalen Verhältnissen zu bestimmen, welche Feiertage als solche festzusetzen seien, die in Bezug auf die Heilhaltung den Sonntagen gleich zu erachten sein sollen. Wegen der bald beginnenden Plenar-Sitzung kam die Kom- mission über die Generaldebatte nicht hinaus, welche in der heute stattfindenden Sitzung fortgesetzt werden wird.

Von Mitgliedern verschiedener Fraktionen des Reichstages ist, wie die „N. Z. S.“ mittheilt, ein Entwurf eines Abänderungsantrages zur Dampfer-Subventionsvor- lage ausgearbeitet worden, der so gut wie eine völlig neue Vorlage ist.

Das achte Verzeichnis der bei dem Reichstage ein- gegangenen Petitionen enthält eine lange Reihe von Petitionen aus den Kreisen der Rechtsanwaltschaft um Re- form der Gebühren-Ordnung für Rechts- anwälte. Von den übrigen Petitionen heben wir folgende hervor: Die Vorstände landwirthschaftlicher Vereine aus den verschiedensten Theilen Deutschlands bitten um Einführung einer internationalen Doppelpflanzung und um An- nahme des Börsensteuergesetzes. Die Zentralvorstände von Innungsverbänden: Bund deutscher Schmiede-Innungen, Bund deutscher Schneider-Innungen, Bund deutscher Sattler-, Remr- und Tüchler-Innungen, Bund deutscher Tischler- Innungen, bitten um Einführung obligatorischer Legitimationsausweise für alle Altersklassen der ge- werblichen Arbeiter. Die Vorstände der Winger-Vereine des Abrihales zu Abweiler bitten um Abänderung des Ge- setzes, betreffend den Verkehr mit Nahrungsmitteln, Genussmitteln und Gebrauchsgegenständen, bezüglich einer Def- nition des Wortes: „Wein“. Dr. Peters und Genossen in Alsfeld petitioniren gegen die Einführung eines Normalarbeitstages. Zwei Petitionen sind auf Ab- änderung des Gesetzes über den Unterhaltungs-Wohn- schein gerichtet und eine Petition fordert die Aufhebung des Impfzwanges.

Die Kommission des Abgeordnetenhauses zur Beratung des Volksschullehrer-Pensions- gesetzes erledigte den § 6 des Entwurfs, der in folgender Fassung angenommen wurde: „Die Pension wird bis zur Höhe von 800 M. vollständig, über diesen Betrag hinaus zu zwei Dritttheilen aus der Staatskasse, zum Reste von den bisher Verpflichteten gezahlt. Hat der Inhaber eines vereinigten Kirchen- und Schulamts bei der Beförderung in den Ruhestand eine Pension aus kirchlichen Mitteln zu beanspruchen, so wird der Betrag derselben auf die nach den Vorschriften dieses Ge- setzes zu gewährenden Pension angerechnet.“ Ein Antrag des Abg. v. Schenkendorf, die Nachfolger im Amte unter allen Umständen von den Verpflichtungen auszuscheiden, wurde mit einer Stimme Majorität abgelehnt. Allerdings wird nach der obigen Fassung die Heranziehung des Stellennach- folgers nur in vereinzelten Fällen stattfinden.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

54. Sitzung vom 20. Februar, 2 Uhr.
Am Tische des Bundesraths: v. Burchard und Kommisarien.

Eingezogen ist ein Gesetzentwurf, betr. die Ergänzung des § 72 des Reichsbeamten-Gesetzes vom 31. März 1873 (betr. die Disziplinarstrafung).

Die Beratung über den Malzoll wird fortgesetzt (bisher 120 M., nach der Vorlage 3 M., nach dem Antrag der freien Vereinigung 240 M., nach dem Antrag Reiz 225 M., nach dem Antrag Lenzmann 2 M.).

Abg. Lenzmann steht in dem Vorschlag von 2 M. das notwendige Korrelat zu dem leider erhöhten Gerstenzoll, ob- wohl beides, wie alle reinen Finanzzölle, das Bewilligungsrecht des Parlaments schmälert. Mit diesen beiden Völlen ver- theuen die für den armen Mann angeblich so besorgten Kon- servatoren, die Erbpächter aller Frömmigkeit, ihm das flüssige Brod, das Bier, und thun das Ihrige, um die kräftigste Waffe gegen den Branntwein zu verschlagen. Steht treten sie als tüchtige Ritter für den Junker Branntwein ein. (Unruhe. Zur Sache!) Und das Zentrum hilft noch die Macht des Reichs- konsens verschälen, obwohl es doch oft genug erfahren hat, wie gefährlich das ist! Wenn es jetzt dem Volke auch noch das Brod vertheuert, so wird sich in Rheinland und Westfalen gegen eine gewisse Richtung des Zentrums eine Wahlrevolution voll- ziehen, die statt gläubendstreuer Junker gläubendstreue Bürger in das Parlament schicken wird.

Landesökonomiarth Thiel erklärt sich zu Gunsten des von der freien Vereinigung empfohlenen Malzoll von 240 M., der dem beschlossenen Gerstenzoll von 1 M. entspricht. Gersten- und Malzoll müssen in fester Proportion zu einander stehen, entsprechend dem Verhältnis, daß ein Zentner Gerste etwa 75 Pfund Malz giebt. Eine Verdüerung des Bieres ist nicht zu befürchten, vielmehr wird sich der inländische Gersten- bau und damit die Malzfabrikation in Nord- wie in Süd- deutschland außerordentlich bedeu, eine Auffassung, die auch Herr v. Kardoff theilt.

Abg. Richter: Gutes Malz produziren wir nicht ge- nügend, wir müssen ausländisches einführen, wenn unser Bier sich nicht verschlechtern und unser Bierexport nicht leiden soll. Sie sädigen aber durch Erhöhung des Malzoll die Preise der Brauerei, der Sie durch Dampfer-Subventionen den Absatz er- weiten wollen. Wenn man doch nur ein Zehntel jenes Wohlwollens dem Bierexport durch mäßige Bemessung des Malzoll zuwenden wollte! Und ist denn nicht die Bier-

industrie unergleichlich wichtiger als das bische Malz, das hier in Betracht kommt? Aber das Prinzip unserer widerspruch- vollen Wirtschaftspolitik ist ja, die gesunden Beine auszureißen, um dafür künstliche einzusetzen. (Sehr wahr! und Heiterkeit.) Als ich mich im Jahre 1879 gegen einen Malzoll von 1 M. 120 wehrte, wurde mir u. A. vom Bundesrathliche entgegengehal- ten, unser Bierexport betrage ja nur 772,000 Ztr.; die Sta- tistik hat aber inzwischen den Nachweis geliefert, daß es 1,332,000 Doppelzentner sind. Herr v. Kardoff sagt nun, die Erhöhung des Malzoll auf 240 M. sei nur die Konsequenz des erhöhten Gerstenzoll. Nach meiner Rechnung ist die Konsequenz davon nur ein Zoll von kaum 2 M. Aus 100 Kilo Gerste werden 75 Kilo Malz gemacht, das Verhältnis ist also 4 : 3. Darnach rechtfertigt ein Gerstenzoll von 1 M. einen Malzoll von 1,33 M. Bisher bestand nun ein Gersten- zoll von 50 Pf., dem entspricht ein Malzoll von 67 Pf.; der Malzoll hat aber thatsächlich 1,20 M. betragen; also war schon ein Schutzoll von 53 Pf. vorhanden. Rechnen Sie diese 53 Pf. zu 1,33 M. hinzu, so kommen Sie auf 1,86 M., wenn Sie den bisherigen Schutzoll gewähren wollen; was man darüber gewährt, ist ein Schutz für die Malzfabrikation als solche. Es ist dann die Erhöhung mit dem Hinweis auf die Transportkosten gerechtfertigt worden. Soll denn der Schutz so bemessen werden, daß es an den entlegensten Stellen des Reichs noch möglich ist, eine Malzfabrik anzulegen? Nach den Angaben des Kommissars lämen Sie übrigens für Berlin inkl. der Fracht immer erst auf 2,13 M., welcher Satz hinter dem von dem Abg. Reiz beantragten doch noch zurückbleibt. Bei diesem Punkte steht auch nicht die Landwirtschaft gegen die Industrie in Frage, sondern Industrie gegen Industrie; es steht die große Brauereindustrie der kleinen Malzindustrie gegenüber. Die Brauereien, die selbst Malzeien haben, ver- langen ja auch gar keinen Schutzoll; und diese verarbeiten allein 7 Millionen Zentner Gerste. Ich meine deshalb, daß wir über den Zoll von 2 M., wie ihn der Abg. Lenzmann beantragt, nicht hinausgehen sollten.

Abg. Uhden: Die Malzei ist seit 1870 bei uns er- heblich zurückgegangen, Abhilfe ist deshalb geboten. Wir müssen der deutschen Brauerei Gelegenheit geben, möglichst deutsches Malz zu verwenden. Der Malzoll ist mit dem Gerstenzoll nahe verwandt und verlangensprechende Er- höhung. Der Malzoll wird auch zur Verschlechterung des Bieres nicht beitragen; denn ein Zentner Malz ergibt 200 Liter Bier, und dieser soll 1,20 M. Zoll tragen.

Abg. v. Sager n: Es ist schwer die rechte Höhe für den Zoll zu finden, da dieselbe in verschiedenen Landestheilen nach den abgegebenen Gutachten verschieden berechnet worden ist. Wäre der Malzoll im Verhältnis zum Gerstenzoll gering, so würden die einheimischen Brauereien nicht Gerste einführen, nm selbst zu malzen, sondern gleich Malz beziehen. Wenn die Malzfabrikation ins Ausland getrieben würde, so würde auch ein Ausfall in der Gewerbesteuererinnahme eintreten, und da- durch nicht bloß der Staat, sondern auch die Gemeinden geschädigt werden. Dasselbe gilt von den Eisenbahn- einnahmen.

Abg. Reiz: Die deutsche Gerste ist mit die beste, auch der mährischen vorzuziehen, wenn die letztere auch ausgiebiger ist. In Bayern wird zunächst die deutsche aufgebraucht, die dem Bier jenen eigenthümlichen Geschmack giebt; dann erst wendet man sich zu der mährischen. Der Petition von einem kleinen Theil der Mälzer stehen Petitionen der gesamten deutschen Brauer gegenüber. Ein Schutzoll für Malz besteht bereits, denn 1878 und 1879 war die Einfuhr mährischen Malzes bedeutender als jetzt.

Hierauf wird nach Ablehnung des von der Regierung be- antragten Malzoll der Antrag der freien Vereinigung an- genommen.

Es folgt die Beratung des Antrags Rade, wonach dem Bundesrath die Befugniß eingeräumt werden soll, die Getreidezölle im Falle einer Theuerung entsprechend zu er- mäßigen, ev. vollständig außer Kraft zu setzen.

Abg. Rade: War die Erhöhung der Getreidezölle im Interesse der Landwirtschaft geboten, so ist es andererseits eine unabweisbare Pflicht, Vorsorge für Fälle der Noth zu treffen, indem wir dem Bundesrath die Befugniß einräumen, die jetzt gefaßten Beschlüsse ganz oder theilweise außer Kraft zu setzen. Man könnte gegen meinen Antrag einwenden, daß demselben die Stala fehle, nach welcher betreffenden Falls die Zollberabstimmungen einzutreten haben, und ich habe mir auch überlegt, ob es nicht besser sei, eine solche Stala aufzustellen als die Ermäßigung des Zolls dem Belieben der Regierung anheimzustellen. Allein ich halte dieselbe für nicht durchführbar. Der Begriff „Theuerung“ ist verschieden je nach der Zeit, man muß also der Regierung eine gewisse latitude einräumen. Ich möchte mich auch nicht darauf einlassen, den Reichstag mit der Entscheidung dieser Frage zu befassen; das würde nur zu Weit- schweifigkeiten geführt haben. Nach reiflicher Ueberlegung habe ich deshalb meinen Antrag in der Fassung eingebracht, in welcher derselbe Ihnen vorliegt. Derselbe ist der Zustimmung meiner politischen Freunde sicher, ich hoffe aber, daß Sie alle ihn im Interesse der ärmeren Volksklassen annehmen werden.

Staatssekretair v. Burchard: Ich verstehe die Gründe, welche den Herrn Antragsteller geleitet haben, und kann sogar hinzufügen, daß ein ähnlicher Antrag bei der Beratung der Zolltarifnovelle im Bundesrath vorgelegen hat. Indessen hat er für sich befunden, einen derartigen Vorschlag in das Gesetz nicht aufzunehmen. Derselbe ist zunächst nicht notwendig. Es ist kaum abzulehnen, daß in naher Zeit eine Theuerung ein- treten könnte. Weizen wird gegenwärtig in großen Ländere- gebieten Europas und anderer Erdtheile angebaut, und diese Produktionsgebiete sind noch einer großen Ausdehnung fähig. Es ist nicht anzunehmen, daß in all diesen Gebieten ein Miß- mach des Weizens eintreten könnte, der den Weizenpreis auf eine unnatürliche Höhe erheben könnte. Und dadurch wird auch ein ungemeines Steigen des Roggenpreises ausge- schlossen. Aber auch abgesehen davon, wenn wirklich besondere Verhältnisse eintreten sollten, so werden die verbündeten Re- gierungen nicht Anstand nehmen, durch einen Beschluß des Reichstags eine Erleichterung dieser Frage herbeizuführen. (Bei- fall rechts.) Denn dieselben müssen es für wünschenswerth ansehen, die Verantwortlichkeit für eine so weit gehende Maß- regel nicht auf ihre Schultern allein zu übernehmen. Der An- trag Rade ist aber auch nicht verwerflich. Man würde nur einer verberblichen Spekulation auf Preissteigerungen Vor- schub leisten, wenn man den Bundesrath mit einer solchen Befugniß betrauen wollte. Aber selbst, wenn der Antrag angenommen werden sollte, würde doch seine Fassung noch Bedenken erregen. Es müßte doch näher fixirt werden, wann eine Theuerung als bestehend anzuerkennen ist. Die Preise allein können nicht maßgebend sein, da zu derselben Zeit große Differenzen zwischen denselben bestehen, und es ist schwierig, einen für alle Gegenden maß- gebenden Durchschnittspreis zu finden.

Abg. Richter: Der Antrag Rade scheint mir das Produkt einer Art von Gewissensbedrängnis innerhalb der Majorität: ich möchte nur wünschen, daß der Antragsteller damit Recht behält, daß die Annahme seines Antrages mindestens in der Zentrumspartei selbstverständlich ist. Die Zentrumspartei genügt ja schon, um dem Antrag eine Mehrheit zu schaffen. Woher weiß Herr von Burchard, daß eine Theuerung in naher Zeit nicht eintreten wird? (Weiterkeit links.) Wir sind allerdings in Bezug auf Wetterprophetieungen sehr weit vorgeschritten, aber für die Prophezeiungen auf längere Zeit hinaus ist die Meteorologie noch nicht so ganz ausgebildet. Was soll unter Theuerung verstanden werden? Wir haben in den letzten Jahren nach den Kornzollerhöhungen von 1879 einen Roggenpreis von 20, Weizenpreise von 22 bis 23 M. gehabt. Bereits zu Zeiten des Holloreins betrachtete man einen Roggenpreis von 19 M. schon als eine Theuerung, bei der die Zollschranke von selbst fallen müßte. Der Preis hängt auch nicht bloß vom Wachstum, sondern auch von der Fracht ab. Je entfernter die Zufuhr ist, je mehr sie als Faktor der Preisbildung auftritt, desto mehr kommt die Seefracht in Betracht, und allseitig wird zugegeben, daß diese Seefracht jetzt so ungewöhnlich billig ist, daß die Abnahme dabei auf die Dauer nicht wird bestehen können. Im Jahre 1879 hatten wir ebenso billige Frachten; sehr bald nach der Annahme der Kornzölle gingen sie ganz beträchtlich in die Höhe. Jetzt wo wir ungewöhnlich billige Getreidepreise haben, kann es ja scheinen, als ob eine Theuerung in weiterer Ferne liegt und als wenn die Mehrheit ganz unbesorgt sein könnte. Aber daß die Dinge sich doch sehr leicht ändern können, das finde ich in einem Zentrumorgan, dem Westfälischen Merkmal, sehr anschaulich ausgedrückt. Dort hieß es jüngst, die Reden von Richter und Genossen würden eine ganz andere Bedeutung und Beachtung finden, wenn Richter in großem Maßstabe unerfüllbare Anforderungen an das Budget des kleinen Mannes stellten; wäre nach 1879 Richter und Theuerung eingetreten, so säße bereits die doppelte Zahl von Deutscherfreiwägern im Reichstage; träten jetzt Richter ein, so würde bei der nächsten Wahl die Rechte halbiert und die Linke verdoppelt. Es liege also der wunderbare Zustand vor, daß die Zusammensetzung des Reichstages, von dem unerschütterlichen Thurm des Zentrums abgesehen, vom Ernteausschlag, d. h. vom Wetter abhängt. (Weiterkeit.)

Merken Sie sich, meine Herren Konserverativen, Sie sind von jetzt vom Wetter abhängig, das sagen Ihnen Ihre besten Freunde; wenn das Wetter schlecht wird, geht die Hälfte von Ihnen fort — einer ist gestern schon über Bord gegangen (große Weiterkeit), weil die unabhängigen Bauern sich mit den Städten verbanden, um keinen Freund der Kornzölle in den Reichstag gelangen zu lassen. Von der Regierung heißt es in demselben Blatte, sie möge sich vorsehen, ob nicht mit den Feldfrüchten auch ihre politische Aussicht verweht wird. — Man erwäge doch auch, daß in dem Maße, wie die Preise theurer werden, der Vortheil aus den Kornzöllen für gewisse kleinere Grundbesitzer, welche bei Richter nur ein geringeres Quantum ihrer Ernte verkaufen können, sich verringert, während für den größeren Besitzer der höhere Preis für die Verringering des verkauften Quantums immerhin ein Äquivalent bildet. Man denke ferner an die Distrikte, welche der Brotkornzufuhr von auswärts nicht entbehren können. Der Regierungsbezirk Arnberg hat nach statistischen Berechnungen nur für 188 Tage im Jahre selbstproduziertes Korn für seine Bevölkerung, er ist also auf Zufuhr von außerhalb angewiesen. Düsseldorf hat nur für 147 Tage, Trier für 132, Wiesbaden, Aachen, Köln für 213, das Königreich Sachsen für 250 Tage. Früher hat man für solche Fälle Vorsorge getroffen, obwohl der Kornzoll bloß 60 Pfennige für den Scheffel betrug; zur Zeit des Holloreins — zu dessen Traditionen wir ja, wie es immer heißt, jetzt zurückkehren — war die Regierung berechtigt, selbstständig den Zoll aufzuheben, wenn der Roggenpreis auf 2 1/2 Thaler pro Scheffel, gleich 19 M. pro Doppelzentner stieg. Die Roggenzufuhr an der sächsischen Grenze, die Korn-Einfuhr in Verchießgaden wurde überhaupt nicht verzollt, dafür war von vornherein eine Ausnahme statuiert, weil die sächsische Regierung damals viel vorteilhafter als die heutige für ihre industrielle Bevölkerung sorgte — ich sage das auf die Gefahr hin, wieder einen Sachsenkrieg zu entfesseln. (Weiterkeit.) Delbrück sagt in einer 1878 erschienenen kleinen Schrift über die Getreidezölle, es sei nicht zu denken, daß die gesetzgebenden Faktoren sich zu einer Behandlung der sächsischen und bairischen Gebirgsbevölkerung herbeiließen, vor welcher die sächsische Regierung sich geistert habe — und jetzt haben sie unter Zustimmung der sächsischen Regierung (hört, hört! links) diesen Weg betreten. In den vierziger Jahren ist auf Grund jener Klausel der Kornzoll suspendiert gewesen, sobald nur noch 7 1/2 pCt. des Kornes den Einfuhrzoll tragen. — Wenn es sich um Vollerhebungen handelt, dann haben wir eine parlamentarische Regierung, wie wir sie nicht einmal wünschen; die Regierung will nicht für sich allein die Verantwortung tragen, sie lehnt sich ordentlich danach, daß der Reichstag mitspricht, dieselbe Regierung, welche den spanischen Handelsvertrag, ohne den Reichstag zu fragen, abgeschlossen und in Kraft gesetzt hat. Wir aber zeigen, daß es uns gar nicht um parlamentarische Herrschaft u. dergl. zu thun ist, wenn das Wohl des Volkes und der Steuerzahler von einer größeren Vollmacht der Regierung irgendwie Vortheil hat. Sie soll die Vollmacht haben, ohne unsere Mitwirkung entscheiden zu können; sie soll die Verantwortung selbst auf sich nehmen. Die parlamentarische Mitwirkung ist uns nicht Selbstzweck. Wenn die Auktorisierung der Zölle nur durch Gesetz bewerkstelligt werden kann, so muß erst der Reichstag zusammenberufen werden und das Gesetz beschließen. Darüber vergehen Alles in Allem mindestens 14 Tage, während welcher die Spekulation gar nicht weiß, woran sie ist, mit der Einfuhr zurückhält und den Nothstand verschlimmert. Wir wollen aber die Zwischenzeit bis zur Suspension möglichst verkürzen. Herr v. Burchard hat von der Macht der Spekulation im Getreidehandel eigenthümliche Vorstellungen. Es stimmt mit der Wirklichkeit absolut nicht überein, daß die Spekulation im Stande sein soll, künstlich die Preise bis zu einem gewissen Punkt fest zu halten. Immer stehen sich Käufer und Käufer-Spekulation gegenüber, und je mehr ihnen freier Spielraum gelassen wird, desto weniger ist eine künstliche Preisbildung zu befürchten. Der Reichskanzler seinerseits hält eine Zollherabsetzung nicht für nützlich, weil deshalb doch nicht mehr Getreide wachse. Es kann nicht leicht eine falsche Auffassung geben; freilich wächst nicht mehr Getreide, aber die Vertheilung wird eine andere; das Getreide kann bei geringem Zoll oder zollfrei in größeren Mengen aus Amerika, aus Ostindien und, wenn wir erst die subventionirten Linsen haben werden, auch aus Australien, zur Milderung der Theuerung nach Deutschland geführt werden. Aber gerade der Zweifel des Reichskanzlers wegen halten wir es für besser, daß eine derartige Bestimmung in das Gesetz selbst aufgenommen wird. Die Bevölkerung wird sich dann beruhigen und eher voraussehen, daß die Majorität, welche die Zölle erhöht, ein gutes Herz für sie hat. Wird der Antrag abgelehnt, dann fürchte ich, wird die Anschauung im Volke an Boden gewinnen, daß es eine Partei der Brottheuerung giebt (Ob! rechts), die auch in dieser Beziehung keine Rücksicht kennt. (Beifall links.)

Abg. Graf Udo Stöcker: Der Ton des Vortrags ist wegen der gestrigen Nachwahl in Mecklenburg außerordentlich gewachsen. Man weiß ja aber, wie es bei solchen Nachwahlen hergeht; da wirkt sich der ganze Generalstab der Fortschrittspartei in den Wahlkreis. (Widerspruch links.) Sie haben ja allerdings eine bessere Organisation für diese Wahlen. Aber wenn Sie sich der allgemeinen Volksstimmung gegenüber befinden, so fällt doch die Sache anders aus. Die Tendenz

des Antrags Rade ist mir sympathisch. Indessen besteht wie der Abg. Siemens neulich ausgeführt hat, die wirtschaftliche Bedeutung des Vorkurses darin, daß er große Preischwankungen und das Eintreten wirklicher Preiserhöhungen verhindert. Eine Theuerung ist daher nicht zu befürchten. Auch die Fassung des Antrages ist für mich nicht präzis genug.

Abg. Kahlmann erklärt sich für den Antrag Rade. Nachdem einmal die Kornzölle angenommen sind und damit gerade den ärmsten Volksschichten das Leben vertheuert ist, muß man wenigstens so viel Herz haben bei eintretender Theuerung sofort die Zölle beseitigen zu können.

Abg. Buhl: Ich halte den Antrag für höchst gefährlich. Er wird gerade dem Handel die Möglichkeit nehmen, zu Zeiten der Noth für die Verproviantirung des Volkes zu sorgen; denn der Handel wird in solchen Zeiten wegen der Gefahr, daß die Zölle plötzlich aufgehoben werden, nicht Getreide zu importiren wagen. Man kann die ganze Frage nur lösen, indem man entweder auf die gleitende Skala zurückkommt oder in Fällen der Theuerung den Reichstag sofort einberuft, der dann eine Ermäßigung der Zölle beschließen kann. Ich stelle anheim, den Antrag der Kommission zu überweisen.

Abg. Rade erklärt sich mit der Beweiskraft an die Kommission einverstanden.

Abg. Richter: Wenn das richtig wäre, was Herr Buhl meint, dann müßte man ausdrücklich im Gesetz bestimmen, daß gerade bei hohen Getreidepreisen die Zölle nicht ermäßigt werden dürfen. Beim Antrag Rade bleibt der Zeitverlust außer Betracht, den eine Einberufung des Reichstages veranlassen müßte. Der Antrag soll eine Waffe sein gegen inländischen Wucher und Monopolisirung der Preise, auch gegenüber den spekulirenden Herren Gutsbesitzern. Seit gestern habe ich übrigens in dieser Beziehung auch Noten erfahren. (Hört, hört!) Ich stimme dem Antrag Rade zu; zu einer Kommissionenberatung habe ich nach den Arbeiten der Kommission kein Vertrauen. Wenn ich mich heute abends etwas gehobener fühle, so kommt es daher, daß, je mehr wir in diese Materie eintreten, es Ihnen desto schwerer wird, sich sachlich zu vertheidigen, und daß Sie in der Debatte immer den Kürzeren ziehen. (Widerspruch rechts.) Sie haben wohl die Majorität, aber Ihre Autorität läßt viel zu wünschen übrig. Für die Nachwahl in Mecklenburg ist unsererseits dies mal nicht mehr geschehen, als bei der ersten Wahl in demselben Kreise. Die Konserverativen aber waren so unvorsichtig, in ihren Flugblättern bei dieser Nachwahl zu verkünden: „Jetzt gilt es zu entscheiden, ob Bismarck oder Richter!“ (Große Weiterkeit.) — eine Parole abriens, die ich mir durchaus nicht zu eigen mache. Für die Nachwahl war vielmehr das Stichwort, ob Kornzölle oder nicht, und es hat ein Erbpächter gesagt, der vom Lande und von allen Städten unterstützt wurde. (Beifall links.)

Abg. Windthorst wünscht für den Antrag Rade eine andere Fassung und deshalb nähere Prüfung in der Kommission.

Abg. v. Köller glaubt, daß Abg. Richter auch heute nur Agitationsreden gehalten habe. Bühren wie „Brottheuerungspartei“ sollten von der sachlichen Diskussion fern gehalten werden. Die Mecklenburger Wahl soll gezeigt haben, welche Erfolge wir mit unserer Politik gehabt; schon wieder sei einer über Bord. Nun bei den letzten Wahlen gingen von den Freunden des Herrn Richter 40 über Bord, und wenn von konserverativer Seite darüber doch nicht ein Freudengeschrei angestimmt ist, so geschah das, weil man wußte, daß die Stimmen nicht zu zählen, sondern zu wägen seien. In Mecklenburg ist Herr Wilbrandt gewählt, weil die Nationalliberalen für ihn gestimmt haben. Das wird in Zukunft anders sein. (Hört! hört! links.) Der Präsident ersucht den Redner, endlich zur Sache zu sprechen. Wenn die Linke jetzt dem Bundesrath die Herabsetzung der Getreidezölle überlassen will, so liegt darin die Ankennung, daß man nicht die Verantwortlichkeit auf sich laden will, den Getreidezoll, der im Interesse der Landwirtschaft beschlossen worden, herabzusetzen.

Die Debatte wird geschlossen.

Abg. Pfannkuch konstatiert, daß ihm durch den Schluß der Debatte die Möglichkeit benommen sei, die Ansichten seiner Partei klar zu legen.

Der Antrag Rade wird hierauf gegen die Stimmen des Zentrums und eines Theils der Konserverativen an die Kommission verwiesen.

Es folgt die Verathung der Position „Anis, Koriander, Fenchel und Kümmel“. Die Regierung will den Zoll auf 4 Mark erhöhen, die freie Vereinigung auf 3 M., Abg. v. Kardorff schlägt für Anis und Kümmel einen Zoll von 3 M., für Koriander und Fenchel einen Zoll von 2 M. vor.

Abg. Kallmann würde im Interesse der Fabrikanten ätherischer Oele, die wegen des geringwerthigen inländischen Anis und Kümmels auf die Zufuhr vom Ausland angewiesen sind, für Anis und Kümmel den Zoll auf 2 M. zu ermäßigen. Indessen sieht er von der Einbringung eines besonderen Antrages ab, da gegen das Kompromiß der freien Vereinbarung nicht aufzukommen ist.

Abg. Broemel hebt hervor, daß die Motivirung der Erhöhung dieser Zölle sich darauf beschränkt, zu konstatiren, daß diese Artikel theurer als Getreide seien. Die Motive sind das Papier nicht werth, auf dem sie gedruckt sind. Die Frage ist doch die, ob der bisherige Zollsay sich als zu niedrig erwiesen hat. Nun stellen die der Zolltarifnovelle beigegebenen statistischen Tabellen fest, daß an den Quanten der Einfuhr sich nichts verändert hat. Es ist daher eine gerechte Forderung der Industrie, daß an den Zöllen für diese Artikel nichts verändert wird.

Abg. Kalle bittet, es bei dem bisherigen Zollsay zu belassen. Die Zollerhöhungen werden der Landwirtschaft nichts nützen, aber der Industrie erheblichen Schaden zufügen.

Abg. Meyer (Kalle) beantragt für Kümmel und Anis Zollfreiheit und für Fenchel und Koriander Beibehaltung des bisherigen Zolls. Trotz der höheren Preise sei der Anbau dieser Artikel nicht fortgeschritten; und die Fabrikation ätherischer Oele habe sich nach Russland gezogen. Als Schutzzölle seien die Zölle auf Kümmel und Anis schädlich, als Finanzzölle zu geringfügig.

Die Vorschläge der freien Vereinigung werden angenommen.

Hierauf wird ein Vertagungsantrag angenommen.

Abg. Windthorst erklärt, er beabsichtige, nachdem in der morgigen Sitzung noch die Positionen „Wehl“ und „Champagner“ erledigt wären, eine Vertagung auf eine Woche, bis Montag über acht Tage, zu beantragen. Das gegenwärtige Zusammentreten der Parlamente bringe auch viele Abgeordnete in ihren häuslichen Geschäften zurück; und eine Vertagung auf kurze Zeit könne auch nur im Interesse einer gründlichen Erledigung der vorhandenen Arbeiten liegen. (Beifall.)

Abg. v. Kardorff wünscht unter allen Umständen die Positionen zu erledigen, die eventuell noch unter das Sperrgesetz fallen, namentlich Mühlenfabrikate und Schaumweine.

Abg. Richter macht darauf aufmerksam, daß außer für diese beiden Artikel eine Sperrung nicht eintreten könne, da die anderen noch ausstehenden Artikel bis jetzt zollfrei seien. Die Positionen „Mühlenfabrikate“ und „Schaumweine“ könnten auch morgen noch von 2 Uhr ab erledigt werden.

Der Präsident schlägt deshalb vor, diese beiden Positionen morgen vorab zu erledigen.

Abg. Richter wünscht, daß während der Vertagung die Kommissionenberatungen, die jetzt mehrfach über's Knie gebrochen wurden, ein langsameres Tempo annehmen und gründlicher werden möchten.

Die Abg. Graf Udo Stöcker und von Hellendorff bestreiten entschieden, daß die Kommissionenberatungen überhastet würden.

Schluß 6 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 2 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Verathung.)

Abgeordnetenhause.

23. Sitzung vom 20. Februar 1885, 11 Uhr. An Ministerial v. Hofler und Kommissarien.

Das Haus fährt in der zweiten Verathung des Budgets mit dem Etat des Kultusministeriums fort.

Bei den Einnahmen aus dem evangelischen Kultus erinnert

Abg. Stöcker an die schon früher mehrfach von ihm angeregte Frage, ob nicht der Staat zu den höchst nothwendigen Theilung vieler großen evangelischen Parochien beitragen könne. Nicht nur in Berlin und anderen großen Städten, sondern auch vielfach auf dem Lande herrscht ein solcher Nothstand in dieser Beziehung, daß die seelsorgerische Thätigkeit daselbst fast unmöglich gemacht wird. In den Berliner Parochien kommen zur Zeit auf 800 000 evangelische Christen nur 30 Geistliche und 20 Kirchen. In Folge dessen sei denn auch die Zahl der Getauften in Berlin von 90 pCt. wieder auf 86 pCt. zurückgegangen. Zwar hat die liberale Stadtspende in Berlin ansehnliche werthe Schritte gethan, um den Nothstand zu beseitigen; sie ist aber bei den Kirchendebörden mit ihren Vorschlägen nicht durchgedrungen. Der Staat als solcher hat aber die Verpflichtung zur Beseitigung des kirchlichen Nothstandes, wie er auch für den Nothstand die Verantwortung trägt. Der Staat muß den schwierigen Uebergang der Kirche aus einer unselbstständigen zu einer sich selbst verwaltenden durch seine Hilfe leichter machen. Ohne diese Hilfe kann keine Kirche, die immerhin noch wesentlich eine Staatskirche ist (hört! hört! links), nicht existiren. Alle innere Mission, alle freiwilligen Beiträge aus Privatmitteln wohlhabender Klassen genügen nicht, um die nothwendigen Kirchen zu bauen. Das zeigt doch sehr und mehr herbeizutretende Wirken der überbliebenen Elemente des Atheismus, wie nothwendig die Pflege des religiösen Lebens bei unserem Volke ist. Das religiöse Bedürfnis ist stark; komme man ihm entgegen, die segensreichen Wirkungen werden nicht ausbleiben! (Beifall rechts.)

Abg. Reichensperger (Köln): Wenn überhaupt eine Partei, so legt das Centrum Werth auf die Pflege des religiösen Lebens bei allen Konfessionen. Beim Abgeordneten Stöcker, der ja behauptet, ebenso zu denken, entspricht jedoch die That nicht den Worten. Oder was er hat etwa gethan, um die unglückliche Maigesetzgebung zu beseitigen? Er verlangt den Bau neuer Kirchen für den evangelischen Kultus; an sich unterstützen wir dies Verlangen gern; dann muß man auch dafür sorgen, daß die zahlreichen jetzt in Folge der Maigesetze geschlossenen und verödeten katholischen Kirchen wieder geöffnet werden. Dabei verlangt die katholische Kirche durchaus keine Staatshilfe; sie will eine freie Kirche Gottes Haus sein. Sie will nur Gleichberechtigung mit den übrigen Konfessionen. (Beifall im Centrum.)

Abg. Vangerhans: Die Exemplifikation des Budgets auf Berlin ist nicht richtig; es mögen im Verhältnis zur Bevölkerung zu wenig Kirchen in Berlin sein; Kirchen zu bauen haben die Berliner Gemeinden Mittel genug. Diese Gemeinden sind zahlungsunfähig; sie haben z. B. einen Pensionsfonds für Prediger, der jährlich über 100 000 Mark aufgebracht. Die Berliner Gemeinden wünschen nicht Staatshilfe, sondern nur Selbstständigkeit; sie wollen vor Allem ihre Prediger selbst wählen, dann wird auch die kirchliche Leben neu erblühen. (Beifall links.)

Abg. Windthorst: Im Gegensatz zum Abg. Stöcker verlangen wir Katholiken vom Staat kein Geld, sondern Freiheit; auch dem Abg. Stöcker kann ich im Interesse seiner Kirche nur empfehlen, so bald wie möglich die Kirche des Reichs wegzuworfen. Einen Antrag im Sinne des Abg. Stöcker über die Initiative des Hauses halte ich nicht für richtig; aber die Regierung oder die Kirchendebörden aus eigener Initiative in der Sache Vorschläge machen, so müßte ein bestimmter Vertagungsmodus gefunden werden. Dem freien Ermessen der Regierung würden wir die Vertagung nimmermehr lassen können.

Abg. Stöcker behauptet, daß auch er möglichst unabhängigkeit der evangelischen Kirche wünsche. Auch die katholische Kirche empfangen ja übrigens große Summen aus dem Staat, wie dieser Etat beweise. Aber das Centrum will keine Diskussion führen, ohne immer auf die Kulturkampfbahn zurückzukommen. Der Staat, der durch seine Gesetzgebung Ueberfüllung der großen Städte veranlaßt habe, müsse dem dadurch entstandenen kirchlichen Nothstand steuern.

Abg. v. Cunern: In dem Wunsche, daß der Staat für die evangelische Kirche mehr als bisher thun möge, ist den Abg. Stöcker nur untergeordnet. Aber er vertritt doch zuviel von dieser Staatshilfe; sie wird namentlich über der Sozialdemokratie wenig helfen; zur Beseitigung dieses Uebels müssen noch ganz andere Faktoren mitwirken. Der Abg. Windthorst sagt, er will kein Geld, sondern Freiheit für die Kirche. (Abg. Windthorst: Für uns!) Aber ich ziffermäßig beweisen, wie sehr die katholische Kirche vom Staat vor der evangelischen bevorzugt wird. Nach dem Etat des Kultusministeriums von 1884 betrug die katholische Kirche vom Staate 3 750 000 M., die evangelische nur 9 Millionen Katholiken. Im Verhältnis zum Kopfzahl müßte also für den evangelischen Kultus das Doppelte gegeben werden wie für den katholischen, zumal wenn man bedenkt, daß die katholischen Geistlichen nicht bezahlt werden.

Abg. v. Schorlemer-Mst: Das, was vom Staat der katholischen Kirche geleistet wird, ist, auch an Berlin, ein Minimum gegen das, was der Staat seiner Zeit der evangelischen Kirche von ihrem Eigenthum genommen hat. Die evangelischen Geistlichen sind meist weit besser dotirt als die katholischen. Dabei behält der Staat noch heute große Summen ein, die er der katholischen Kirche vertragsmäßig zu zahlen muß. Außerhalb des Hauses spricht Herr Stöcker anders über das Centrum, als hier im Hause. (Redner.)

Abg. Windthorst: Der Bericht der „Kreuz-Zeitung“ über eine Rede Stöckers, worin gegen das Centrum der Vorwurf erhoben wird, daß es nur da sozialreformatorische Bestrebungen, wo evangelische Bevölkerung ist, und wo es also damit Parallelen ziehen könne, so frage Herr Stöcker, ob er diese schwere Behauptung gegen das Centrum zurücknehmen will. (Beifall im Centrum.)

Abg. Windthorst betont gegenüber Stöcker, daß so lange man evangelischerseits feindselig gegen die katholische Kirche verfähre, beide Kirchen nicht segensreich wirken können.

Abg. Kalle weist die Behauptungen Stöckers vom evangelischen Staat zurück. Nach dem Landrecht sei der Staat paritätisch; die Kirchen müssen frei sein und sich selbst erhalten. Nur dadurch werde kirchlicher Dperismus zu vermeiden. Erst die kirchliche Selbstverwaltung habe in Berlin gepflanzt; einer derselben wird leider gerade durch die Kirchensteuer durchgesetzt. Kirchenbauten sind in Berlin geplant; einer derselben wird leider gerade durch die Kirchensteuer eines geistlichen Würdenträgers verhindert. Die Berliner Gemeinden können sich sehr wohl selbst helfen, zumal wenn die in ihrem Zeit erstickenden Parochien zum Mittelpunkt der Stadt von ihrem Ueberfluß und Wohlstand den ärmern Parochien an der Peripherie etwas abgeben. (Sehr wahr! links.)

Abg. v. Rauchhaupt ist dem Abg. v. Cunern bar für dessen Vertagung der Stöcker'schen Erhörung, die ganze nationalliberale Partei demselben Standpunkt. Der Schwerpunkt für

an Hell-
berathungen
n d 2 Ubr.
Ubr.
rien.
des Budget
et.
relischen
ich von ihm
schwendigen
n Beiträger
n andern
dem Parteie
ebung, doch
lich gemacht
zur Zeit an
de und 20
der Getraide
rückgang
anerkennens
befehligen
ihren An
als solche
n kirchliche
ranthomme
der Kirche
verwirkelien
lann unter
ausdrückl
Mission, in
bender Zeit
hauen. Was
den der we
wendig ist
t. Das ist
entgegen
iben! (Die
berhaupt ein
ge des mi
Abgeordnete
spricht über
spricht über
nittig! In
über 100
wischen
ste wollen
ird and
Abg. Stöcker
sondern die
seinerzeit
des Staats
Stöcker
ichtig: die
eigenen
ein bestimm
mermehr
lichste
uch die
n auf
entrum
urkämpfe
sehung
müsse
wehren.
h der
n möge,
verspricht
entlich
Befürwort
en mit
ndern
Aber
e vom
ie eoan
18 W
Berl
das
al wenn
ht br
vom
n S
it der
en hat
ort, als
e große
nählich
Stöcker
(Redner
Niede
Stöcker
die K
innen.
ers vom
ei der
ch selb
emul
abe in
de dem
söge
selb
Baron
und
er Bonn

Koupons versichert worden waren, nahm die Kriminalpolizei die Verhaftung des Boten vor, obwohl sein Chef von der Unschuld desselben überzeugt war und sich sofort erbot, eine Kaution für den Verhafteten zu stellen. Jetzt, nachdem er drei Wochen in Untersuchungshaft gefessen, ist, wie der „D. D. C.“ hört, der Bote ohne Hinterlegung einer Kaution auf freien Fuß gesetzt worden. Die geschädigte Firma wird den Boten wieder bei sich aufnehmen.

Soziales und Arbeiterbewegung.

Als wir, nach den Provokationen verschiedener Mittelparteilicher Blätter, an diesem Ort die Stellung der Arbeiter zu den Sparlaffen erörterten, haben verschiedene Zeitungen daran angeknüpft, und — wie der „Hamburger Korrespondent“ und die „Schlesische Zeitung“ — die Gelegenheit abermals benützt, die „Sozialdemokratie“ vor ihren Lesern nach Möglichkeit anzuschwärzen. An den damaligen Auslassungen war nichts weiter beachtenswert, als die demagogische Absicht, die aus der fortwährenden Gleichstellung von „sozialdemokratischem“ und „Volksblatt“ zur Genüge hervorging. — Heute bringt die „Magdeburger Zeitung“ einen Leitartikel über „das Postparlaffengesetz und die Sozialdemokratie“, der sich von allem demagogischen Beiwerk allerdings freihält, inhaltlich aber noch unter allem steht, was wir bisher in diesen Angelegenheiten lesen mußten. Weg Weistes Kind der Zeitartikler der „Magd. Bz.“ ist, mögen unsere Leser aus folgender Stelle ersehen: „Wohlmeinende Kenner unserer Zustände rühmen, daß das Sozialistengesetz, man mag über dasselbe urtheilen, wie man will, in kleineren Orten, wo dasselbe strenger gehandhabt und die Handhabung spezieller überwacht werden kann, das eine Gute herbeigeführt habe, daß der Besuch der Wirtschaftshäuser sich sehr erheblich gemindert habe, und daß damit eine sehr bemerkbare Verbesserung des Familienlebens in Arbeiterkreisen verbunden sei. Die Frauen sind daher auch lange nicht so erbitterte Feinde des Gesetzes wie die Männer. Das klingt wahrscheinlich genug. Er versteht sich von selbst, daß überall da, wo die Sozialdemokratie die Arbeiter beherrscht, der Zug nach der abendlichen Kneipei umgleich stärker ist als anderswo. Parteizwecke und Anknüpfen verschlingen vollständig, was sonst in die Sparlaffen wandern könnte.“ Wozu nicht alles das Sozialistengesetz gut ist: es leert die Kneipen, es füllt die Sparlaffen, es beglückt die Weiber, — was will man noch mehr?

Esien, 19. Februar. Grubenunglück. Wie die „Aheinisch-Westfälische Zeitung“ aus Herne mittheilt, sind gestern Abend gegen 8 Uhr auf der Zeche Schamrock in einem Bremsberge im Hög 4 durch einen Brand, dessen Entstehung bisher noch nicht aufgeklärt worden ist, sieben Mann ums Leben gekommen. Der Betrieb der Grube ist nicht gestört. Die Zugänge zu der Unfallstätte sind abgemauert.

Mons (Belgien), 20. Februar. Etwa 3000 Arbeiter der Kohlengruben „Levant du Henu“, „Produits“ und „Velle et Bonnie“ bei Semarpe haben heute früh die Arbeit eingestellt und fordern eine Erhöhung des Lohnes.

An die Bildhauer Berlins. Kollegen! Vor einigen Wochen sind an einen großen Theil von Euch Fragebogen, behufs Festsetzung einer Lohnskala, vertheilt worden. Dieselben sind jedoch bis jetzt nicht alle zurück gegeben. Wir erlauben Euch hierdurch, dieselben sofort auszufüllen und nachfolgenden Kollegen zu übermitteln: 80. Roß, Waldemarstr. Nr. 25 III, SW. Wächter, Simeonstr. 116, W. Rüdich, Maackenstr. 35, O. Brach, Vichtenbergerstr. 14 III, N. Hoffmann, Sozialdenstr. 153 IV, SW. Feuch, Mittenwalderstr. 18. Gleichfalls machen wir darauf aufmerksam, daß die Kollegen, denen noch keine Fragebogen zugegangen sind, sich solche von oben angeführten Stellen zur Ausfüllung abholen und wieder abgeben können. Die Vogen sind nur dann richtig ausgefüllt, wenn der Durchschnittsverdienst eines Jeden und der Reihe nach angegeben ist. Die Namen der betreffenden Gehilfen sind nicht erforderlich. Die Delegirten-Kommission des Gewerkschafts Berliner Bildhauer.

Vereine und Versammlungen.

h. Eine Versammlung der Berliner Metallarbeiter welche die Lohnkommission der Berliner Metallarbeiter zum Mittwoch Abend in das Vereinshaus Süd-Ost, Waldemarstraße 75, einberufen hatte und zwar ohne Angabe der Tagesordnung, welche erst in der Versammlung bekannt gemacht werden sollte, war nur schwach, von kaum über 100 Teilnehmern besucht. Der Vorsitzende und Referent der Versammlung, Herr Möring, — als Bureau derselben wurde die Lohnkommission gewählt — verhandelte gleich nach Eröffnung der Versammlung als deren Tagesordnung zwei Referate nebst Diskussion über die gegenwärtigen, die Organisation der Metallarbeiter betreffenden Zentralisationsbestrebungen und die auf dieselben bezügliche Thätigkeit der unlängst gewählten Einundzwanziger-Kommission zur Ausführung der Geraer Kongreßbeschlüsse, sowie über die theilweise schon bekannt gewordenen „Maßregelungen“ und sonstigen Vorkehrungen in der Metallwarenfabrik von R. Fabian u. Co., Gitschinerstr. 79. Ueber die erstere Angelegenheit, die Zentralisationsbewegung, verbreitete sich der Referent nur kurz, indem er die bekannten Beschlüsse des Geraer Metallarbeiter-Kongresses und die verschiedenen, hierauf bezüglichen jüngsten Berliner Versammlungen der Metallarbeiter-Branchen, Gewerkschafts- und Fachvereinigungen erwähnte, sowie die Abstimmungs-Resultate der in ihrer Mehrheit sich der reinen Zentralisation zuneigenden Einundzwanziger-Kommission und schließlich gleichfalls den Anschluß an die „Vereinigung der Metallarbeiter Deutschlands“ empfahl. Hierauf ging er zur zweiten Angelegenheit, zu den „Maßregelungen“ von 4 Arbeitern der Fabian'schen Fabrik über, von denen einer bereits anderweitig Beschäftigung gefunden, zwei aber noch arbeitslos sind. Den Anlaß zur obigen Entlassung dieser Arbeiter aus der Fabrik bot, dem Referenten und den seine Angaben bestätigenden Rednern zufolge, nur der Umstand, daß erstere eine der jüngsten Metallarbeiterversammlungen besucht hatten, in der auch ein Werkführer der Fabrik, der längst aus dem Verein der Berliner Metallarbeiter durch Beschluß der Mitglieder ausgeschloßene Kempner Herr Meusel zugegen war, der die „Maßregelung“ veranlaßt haben und auch zu dem jüngsten polizeilichen Versammlungsvorbot den Anstoß gegeben haben soll. Der Referent empfahl schließlich dringend die Unterstützung der drei arbeitslosen Gemahregelten aus dem Generalunterstützungsfonds. Ueber die angeblich äußerst gedrückten Lohnverhältnisse und anderweitigen Zustände der genannten Fabrik, welche fast nur sogenannte „Ramsch“-Waare (s. V. das Groß Kassebüchsen zum Preise von 1 R. 75 Pf.) fabriziren lassen soll und in welcher jetzt, wie es hieß, ca. 50 männliche und weibliche Arbeiter, darunter 7 Kempner, 2 Schmitzarbeiter und im Uebrigen nur Arbeitsburschen und Mädchen beschäftigt sind, wurden den früheren Arbeitern dieser Fabrik geradezu unglaublich klingende, angeblich aber auf Thatsachen beruhende Dinge berichtet. Ebenso wurde das Benehmen und Verhalten der fälschlich aus dem obengenannten Verein ausgeschlossenen beiden Werkführer, Kempner Meusel und Drücker Schönefeldt, unter Aufzählung von hier nicht wiederzugebenden Thatsachen, einer schonungslosen Kritik unterzogen. Auch die Fabrikordnung des Herrn Fabian, welche verlesen wurde, mußte eine vernichtende Kritik über sich ergehen lassen. Schließlich nahm die Versammlung einstimmig zwei Resolutionen des Herrn Thiele an, die wie folgt lauten: 1. Die heutige 10. Versammlung der Berliner Metallarbeiter erklärt das Vorgehen der Herren Meusel und Schönefeldt bezüglich der Ausnutzung

der weiblichen Arbeitskraft für verwerflich und verspricht mit allen gesetzlichen Mitteln für die Befreiung der Frauenarbeit in der Metallindustrie einzutreten. Ferner erkennt die Versammlung an, daß nur durch ein geschlossenes Vorgehen der Arbeiter auf streng gesetzlichem Wege die Befreiung zu bewegen ist, in dieser Frage Stellung zu nehmen. 2. Die 10. Versammlung beschließt, die in der Fabian'schen Fabrik gemahregelten alten Kollegen nach Kräften zu unterstützen.

Der Louisestädter Bezirksverein „Vorwärts“ hielt Mittwoch, den 18. Februar, eine Vereinsversammlung ab, in welcher Herr Dr. Jaded einen interessanten Vortrag über „Krankheitsursachen, speziell Bilze als Krankheit erregend“ hielt. Sämmtliche Krankheiten, so führte Referent aus, werden in 2 Arten, äußere und innere Krankheiten, getheilt. Zu den äußeren Krankheiten zählen diejenigen, welche durch Knochenbrüche, Vergiftungen, Verletzungen u. s. w. hervorgerufen werden. Bei inneren Krankheiten dagegen ist man über die Ursachen derselben vielfach noch im Unklaren. Abgesehen von den verschiedenen Individuen, welche durch körperliche Zustände, wie erbliche Veranlagung u. s. w. den einzelnen Krankheiten eher zugänglich sind, ist jetzt durch die Ergebnisse der Wissenschaft, namentlich durch die Entdeckungen des Geh. Rath Dr. Koch festgestellt, daß innere Krankheiten durch kleine, nur dem bewaffneten Auge sichtbare Bilze, von den verschiedensten Formen, verursacht werden. Dieselben besitzen eine große Fortpflanzungsfähigkeit, es ist aber von Natur dafür gesorgt, daß dieses nicht geschieht, da sich dieselben nur an abgelebten Körpern vermehren. Es sind übrigens nicht alle diese Bilzen der Gesundheit schädlich, denn die uns umgebende Luft ist mit denselben vollständig angefüllt. Auch in der Industrie werden die Bilze verwerthet, denn das Gährungsverfahren in Brauereien, die Essigsäurebildung, die Säuerung des Brodes werden durch diese Bilze bewirkt. Krankheiten, durch derartige Bilze hervorgerufen, sind: Wechselfieber, Typhus, Schwindstuch, Cholera u. s. w. Auch das Wundfieber ist eine derartige Krankheit, hervorgerufen durch einen körnchenförmigen Bilz, welcher sich in der offenen Wunde festsetzt und sein Fortschreiten beginnt; hier ist es dann Sache der Chirurgen, dasselbe zu zerstören, was auch durch die von einem Engländer erfundenen antiseptischen Verbindungen möglich ist, so daß heute Operationen ohne Gefahr für die Patienten vorgenommen werden können, welche vor zwei Decennien nicht möglich waren. Die in der Diskussion gestellten Fragen bewiesen, daß die Anwesenden dem Vortrage mit Interesse gefolgt waren. Hierauf fand eine Besprechung des Arbeiterschutzes statt, in welcher Herr Sandermann die einzelnen Punkte desselben einer Besprechung unterzog und durch Ausführung der jetzt bestehenden Verhältnisse die Nothwendigkeit der gesetzlichen Regelung der Arbeitsverhältnisse nachwies. Im Anschluß hieran brachte Herr Krause eine Versammlung eines Gewerkschafts zur Sprache, in welcher der Reichstagsabgeordnete Landrath Dr. Baumhach über das Arbeiterschutzes referirte und in bekannter Weise die Bedenken der Reichspartei geltend machte. Charakteristisch war hierbei eine Aeußerung, die Kinderarbeit betreffend. Genannter Herr meinte nämlich, daß es den Kindern ein Vergnügen wäre, wenn sie z. B. bei der Griffelfabrikation das bunte Papier um dieselben ließen könnten, und daß dasselbe so leicht wäre, daß sie selbst Ueberstunden nicht scheuten, wenn sie dadurch etwas verdienen könnten. Sodann wurde beschloffen, am Sonntag, den 22. Februar, wenn das Wetter günstig ist, eine Herrenpartie nach Grünau zu machen. (Siehe Inserat.)

Die Mitglieder des „Vereins der freien Vereinigung der Bergolder und Fachgenossen“ beschloffen in ihrer letzten Mitglieder-Versammlung auf Antrag des Herrn Böhl, eine Kommission von 5 Mitgliedern zu wählen, welche ein Programm ausarbeiten soll, worin klargelegt wird, welche Ziele und Zwecke der Verein verfolgt, um damit in die Öffentlichkeit zu treten. Ferner wurde beantragt, einen Unterstützungs-Fonds zu gründen, wodurch Mitglieder in Strickschlingen unterstützt werden sollen. In Betreff der Agitation für den Verein wurde angenommen, daß das „Berliner Volksblatt“ als Vereins-Organ betrachtet und das Protokoll der monatlichen Versammlung in kurzem Umriß der Zeitung zugesandt werden soll. Ferner wurde beschloffen, am Vortage eine Herren-Fußpartie zu unternehmen.

h. Eine außerordentliche Versammlung der Mitglieder der Orts-Kranken- und Sterbefasse der Maschinenbauarbeiter (besonders der selbstständig zahlenden Mitglieder derselben) findet, wie man uns mittheilt, am nächsten Sonntag, den 22. d. Mts., Vormittags 10 Uhr, im „Univerium“, Brunnenstraße 29, statt, um über ihr Verhalten gegenüber der jetzigen Verwaltung der Kasse zu berathen und derselben gegenüber Stellung zu nehmen, nachdem, wie die uns zugegangene Nachricht besagt, in Folge des Verhaltens des Verwaltungsmittels Herrn Messertnecht die Delegirtenwahl für die selbstständig zahlenden Mitglieder der Kasse unmöglich geworden. Das Nähere wird die Versammlung ergeben, welche für die Mitglieder von um so größerer Wichtigkeit ist, als es sich bei derselben für sie darum handelt, über ihr Verhalten in der nächsten bevorstehenden, von der Verwaltung einzuberufenden Versammlung sich klar zu werden und zu verständigen. Ein möglichst zahlreiches Erscheinen der Mitglieder in dieser Versammlung ist daher äußerst wünschenswert.

Öffentliche Versammlung des Fachvereins der Metallschraubern, Fassondreher und Berufsgenossen am Dienstag, den 24. Februar, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Wohlhaupt Rantewallstraße 9. Tagesordnung: Vortrag des Herrn Vesländer. Verschiedenes und Fragelasten.

Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter Deutschlands (G. H.). Vertliche Verwaltungsstelle Berlin, O. Galleckthor-Bezirk. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß mit dem heutigen Tage die Geschäfte des Bevollmächtigten an Herrn Gustav Eitel, Bergmannstr. 14, übertragen worden sind.

Außerordentliche Versammlung des Vereins zur Wahrung der materiellen Interessen der Drechsler und Berufsgenossen am Sonntag, den 22. Februar, Vormittags 10 Uhr, Neue Grünstr. 32, bei Leichert. Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Vortrag: „Die allgemeine Lage des Gewerks.“ 3. Verschiedenes und Fragelasten. — In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung werden die Kollegen ersucht, zahlreich zu erscheinen. — Aufnahme neuer Mitglieder. Gäste willkommen.

Verein zur Pflege freireligiösen Lebens. Sonntag, den 22., Vormittags 10 Uhr, im Gesellschaftshaus, Niederwallstr. 20, Vortrag des Herrn Rand. Schwennhagen. Freier Zutritt für Herren und Damen.

Der Fachverein der Möbelpolirer (für Kastenarb.) hält Montag, den 23. d. Mts., Abends 8 Uhr, bei Herrn Seeger, Grüner Weg 29, seine Generalversammlung ab. Tag. Ord.: 1. Vortrag. 2. Kassenbericht. 3. Anträge, Verschiedenes und Fragelasten. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Fachverein der Schlosser und Berufsgenossen. Sonnabend, den 21. d. Mts., Abends 8 1/2 Uhr, in beiden Sälen der Grätwellschen Bierhallen, Kommandantenstr. 77/79. Tagesordnung: 1. Vortrag über Rechtschick in gewerblichen Streitigkeiten. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Verschiedenes und Fragelasten. — Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder sowie Gäste wird ersucht.

Im Gauverein Berliner Bildhauer, Annenstr. 16, hält am Dienstag, den 24. d. Mts., Herr Dr. Vobn einen Vortrag über „Vulkanismus und Erdbeben“, Anfang präße 9 Uhr. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Kollegen wird gebeten.

Eine Versammlung findet am Sonntag, den 22. d. M. Vormittags 10 Uhr, in den Sälen der Grätwellschen Bier-

Lokales.

h. Die Lebenskraft Berlins zeigt sich so recht in der Brunnen- und ihren Nachbarstraßen. Die Verlegung des Viehhofes hat der Gegend ihren eigentlichen Lebensnerv geraubt. Aber trotzdem entfaltet sie sich weiter. Der todtte alte Viehhof bildet den einzigen trüben Anblick. Die Brunnenstraße ist großartig belebt und leerstehende Wohnungen sieht man nicht. Von den alten niedrigen Häusern des ehemaligen Voigtlandes, welche sich die Voigtländischen Maurer und Zimmerleute erbaute, die seit 1752 durch die königlichen Bauten nach Berlin gezogen wurden, sieht nur noch eins. Ein zweites wird gegenwärtig abgerissen. Von den Nebenstraßen dehnt sich besonders der Weinbergsweg mächtig aus, und er wäre sogar eine imposante Straße, wenn er nicht einen so häßlichen Zugang hätte. Auch nach dem Gesundbrunnen zu wachsen neue Häuser empor, und in absehbarer Zeit wird er mit Berlin eins sein.

N. Bom Massenball in die Morque. Ein entsetzliches Unglücksfall scheint mit der Auffindung einer heute Vormittags 11 Uhr an der Sprechbrücke in der Nähe der Hamburger Bahn angeschwemmten männlichen Leiche im Zusammenhang zu stehen. Passanten hatten um die angegebene Zeit eine Leiche schwimmend im Wasser bemerkt, und dieselbe mit Hilfe einiger dort mit ihren Rähnen vor Anker liegenden Schiffer ans Ufer schaffen lassen. Bei einer näheren Beschäftigung ergab sich, daß die Leiche mit einem Mastenanzuge, einem sogenannten Gasklein-Kostüm, bekleidet war, während bei derselben jegliche Papiere, mit Hilfe deren man eine Rekognition hätte vornehmen können, fehlten. Allem Anscheine nach hat sich der Getrunken bei seiner Rückkunft von einem Mastenvergnügen entweder auf das Brückengeländer gesetzt, oder hat sich zu weit über das Geländer gelehgt, so daß er das Gleichgewicht verlor und in das Wasser gestürzt ist. Auf Anordnung der sofort benachrichtigten Behörde ist die Leiche behufs event. Rekognition nach der Morque geschafft worden.

Aus der Haft entlassen. Aus einem Einschreibebrief, welchen eine hiesige Firma im Januar d. J. mit 242 russischen Koupons an ein Warschauer Haus geschickt hatte, waren, als derselbe in Warschau ankam, 159 Koupons auf unerklärliche Weise verschwunden. Der Verdacht, die That begangen zu haben, richtete sich zunächst, wie i. B. mitgetheilt, gegen den Faktoboten der Berliner Firma, der den Brief geschloffen hatte. Auf Betanlassung der Gesellschaft „Fortuna“, bei welcher die

halten, Kommandantenstr. 77/79 statt, in welcher der Drechsler Julius Müller über den Arbeiterschuggesetzentwurf einen Vortrag halten wird. Bei der hohen Bedeutung der Tagesordnung für die Arbeiter ist es Pflicht eines jeden zu erscheinen, und wird zu zahlreichem Besuch eingeladen.

Arbeiter-Bezirksverein vom 15. u. 20. Kommunal-Wahlbezirk. Am Sonntag, den 22. d. M. findet eine Herren-Partie nach Schönweide statt. Versammlungsort früh präzis 8 Uhr Köpcke-Str. 191 bei F. o. g. e. Für Nachzügler Rendezvous im Neuen Krug 10 1/2 Uhr. Die Mitglieder werden ersucht, sich recht zahlreich an der Partie zu betheiligen.

Gewerkschaft der Maschinenbau- und Metallarbeiter. Montag, den 23. Februar, Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung in Niesl's Salon, Kommandantenstr. 71-72. Tages-Ordnung: 1. Geschäftliches. 2. Bericht der 2ler Kommission. 3. Verschiedenes - Fragekasten. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Gäste haben Zutritt.

Die Mitglieder der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler u. s. w. (G. H.) der örtlichen Verwaltungs-

stelle des Frankfurter Thor-Bezirks Berlin G. halten Sonntag, den 22. Februar, Vormittag 10 Uhr, eine Versammlung ab im oberen Saale bei Keller, Andreasstraße 21. Die Tagesordnung lautet: 1. Wahl eines Ortskassiers, 2. Verschiedenes. Recht zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ist notwendig. Keiner darf fehlen. (Siehe Inserat.)

Verein zur Wahrung der Interessen der Korbmacher Berlins und Umgegend. Versammlung Sonntag, den 22. Februar, Vormittag 10 Uhr, im Lokale des Herrn Dito, Adalbertstr. 21. Vortrag.

Eine große Versammlung des Arbeiter-Bezirks Vereins der Rosenthaler Vorstadt findet am Montag, den 23. Februar, Abends 8 Uhr, in der „Neuen Walballe“, Schönhauser Allee 156, statt. Tagesordnung: 1. Vortrag über „die Todesstrafe“, Referent Dr. Heymann. 2. Vorlegung zweier Petitionen an den Reichstag. 3. Verschiedenes. 4. Fragekasten.

Versammlung der Tischler. Sonntag, den 22. Febr., Vormittag 10 Uhr, im Saale des Schützenhauses, Linien-

straße 3-5. Tagesordnung: Welche Vorteile bringt uns die Lohnbewegung. Referent: Kollege Gustav Rödel.

Den Mitgliedern der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Drechsler und verwandten Berufsgenossen zur Nachricht, daß die Bahnhalle, welche in der Alten Jakobstraße bei Pfeifer war, jetzt Stallschreiberstraße 41 und 42 bei Schwanig sich befindet und werden diejenigen Mitglieder gesucht, welche in der Alten Jakobstraße bei Pfeifer ihre Beiträge bezahlt haben, sich nach obiger Bahnhalle zu bemühen. Die Bahnhallen sind jetzt folgende: 1. Stallschreiberstraße 41; 2. Kleine Hamburgerstraße, Ecke der Elisabethstraße; 3. Gollnow- und Weinstreitstraße Ecke; 4. Andreasstr. 44; 5. Witting; 6. Fischerstr. 24 bei Geride; 7. Reichenbergstr. bei Schröder; 8. Mittenwalderstr. 56 und 9. Raumnäher. Beiträge werden in Empfang genommen von 7 1/2 bis 10 Pf.

Rixdorf. Eine Versammlung der Rixdorfer Tischler findet am Sonntag Vormittag im Saale von Hoffmann statt. Tagesordnung: Wie stellen sich die Rixdorfer Tischler zur Lohnbewegung der Berliner Kollegen. Referent: Alois Berlin.

Theater.

- Königliches Opernhaus.**
Heute: Belmonte und Konstante.
- Königliches Schauspielhaus.**
Heute: Tartuffe.
- Deutsches Theater.**
Heute: Fiesko.
- Bellevalliance-Theater.**
Heute: Der Raub der Sabinerinnen.
- Neues Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.**
Heute: Gasparone.
- Central-Theater:**
Alte Jakobstraße 30. Direktor: Ad. Ernst.
Heute: Der Walzerkönig.
- Residenz-Theater:**
Direktion Anton Anno.
Heute: Zum 2. Male: Der Vergnügungszug. Hierauf: Die Schultreiterin.
- Walhalla-Operetten-Theater:**
Heute: Der Feldprediger.
- Louisenstädtisches Theater:**
Heute: Aus dem Volke.
- Ostend-Theater:**
Heute: Die zwei Waisen.
- Wallner-Theater.**
Heute: Die Sorgenlosen.
- Viktoria-Theater.**
Heute: Sulfurina.
- Alhambra-Theater.**
Heute: Selbst ist der Mann, oder: Die Schloffer von Berlin.

Allen Freunden und Bekannten hierdurch die traurige Nachricht, daß unser lieber Paul kurz vor Schluss seines sechsten Lebensjahres am 19. d. M. sanft verschieden ist. Die Beerdigung findet am Sonntag Nachmittag 4 Uhr (seinem Geburtsstage) vom Trauerhause aus statt. — Um stillen Beileid bitten
G. Baresel nebst Frau.

Arbeitsmarkt.

- 835 **Ramsells auf leichte Dollmans verlangt**
Bernide, Adalbertstraße 75, v. 3 Tr.
- 864 **30 junge Mädchen,**
die im Garniren von schwarzen Sommer-Dollmans geübt sind, verlangt
Welsch, Oberwasserstraße 13.
- 866 **Ramsells auf Knaben-Anzüge bei hohem Lohn verlangt**
Szwienigki, Melchiorstr. 20, G. I. II.

Allen Freunden und Bekannten empfehle ich mein **Cigarren- u. Tabakgeschäft.**
Richtungsvoll
Ernst Krüger, Fürstenwalderstraße 11.

Allen Freunden und Genossen empfehle meine **Cigarren und Rauch-Tabake.**
Lotterie-Loose und Antheile.
131 **M. Meyer, O. Fruchtstr. 36a.**

Allen Freunden und Bekannten empfehle meine **Restauration.**
Weiss- und Bairisch-Bier à Glas 10 Pf.
Für Abend-Unterhaltung ist auf das Beste gesorgt.
258 **G. Spiekermann,**
Hüdersdorferstr. 51.

Frische Ostpreussische Tafelbutter,
4 Pfund 1,20, empfiehlt jeden Sonnabend und Sonntag allen Freunden und Genossen
855 **G. Peterelt, Dranienstraße 196, 3 Tr.**

18 Lausitzer Platz 18
Ecke Pücklerstraße.
Feine Ch-Butter (keine Margarine) Pfd. 90 Pf.
Feinere Ch-Butter Pfd. 100 Pf.
ff. süße Sahnen-Butter Pfd. 120 Pf.
Berliner Praten-Schmalz Pfd. 55 Pf.
Sahnen-Häse Stück 6 Pf.

Kaffee roh Pfd. 50 bis 130 Pf.
Kaffee gebr. Pfd. 80 bis 160 Pf.
Zucker, fein gemahlene Kaffinade Pfd. 25 Pf.
Ferner empfehle sämtliche Kolonialwaaren zu den billigsten Preisen.

Wachtungsvoll
861 **P. Krause,** Lausitzer Platz 18, Ecke Pücklerstr.

Wilhelm Pfannkuch
Berlin N., Chausseestrasse 36 u. 37
im Grundstück der Wohlert'schen Maschinenbau-Anstalt.
en gros. Cigarren- u. Tabak-Handlung en détail
Havanna-Import, Cigarretten, Rauch- und Kautabak.
Vorzüglichen Havana-Ausschuh, soweit der Vorrath reicht, Stück 4 Pf.
Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Mitglieder-Versammlung
der
Central-Kranken und Sterbekasse
der Tischler u. anderer gewerbl. Arbeiter.
Deutsche Verwaltungsstelle Berlin G.
Singeschriebene Hülfskasse Nr. 3. Frankfurterthor-Bezirk.
Sonntag, den 22. Februar, Vorm. 10 Uhr,
im oberen Saale des Herrn Keller,
Andreasstraße 21.
Tagesordnung: 1. Wahl des Ortskassiers. 2. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimirt.
Der Bevollmächtigte.

Arb.-Bz.-B. Lausitzer Platz.
Sonntag, den 22. Februar,
Herren-Fussparthie.
Sammelpunkt: Köpcke-Strasse 191 im Restaurant Foge-Abmarsch früh 8 1/2 Uhr.
Um zahlreiche Theilnahme wird gebeten.
368 Der Vorstand.

Arbeiter-Bezirksverein Glückauf.
Sonntag, den 22. Februar, 339
Herren-Fussparthie.
Sammelpunkt früh 8 Uhr am Kottbusser Platz — Um rege Theilnahme ersucht
Der Vorstand.

Louisenstädt. Bezirksv. „Vorwärts.“
Sonntag, den 22. Februar,
Herrenparthie nach Grünau.
Sammelpunkt: Vor dem Schleischen Thor am Steuerhaus.
Abmarsch präzis 9 Uhr.
349 Der Vorstand.

Bergolder und Berufsgenossen.
Den Mitgliedern der Kranken- und Sterbe-Unterstützungskasse der Bergolder und Berufsgenossen (G. H. Nr. 19) zur Nachricht, daß das revidirte Statut dem § 75 des neuen Krankenlosgesetzes genügt und vom Königl. Preuss. Präsidium genehmigt worden ist. Dasselbe tritt am 2. März ds. J. in Kraft, von wo ab auch die Ausgabe der neuen Bücher erfolgt.
Etwa residirende Beiträge müssen bis zu diesem Tage an den Kassirer gezahlt werden.
352 Der Vorstand.

Grosse öffentliche Versammlung
des
Fachvereins
d. Metallschrauben-Façon-dreher u. Berufsgenossen.
am Dienstag, den 24. Februar, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Wohlhaupt, Mantelstr. 9.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Herrn Liefänder.
2. Verschiedenes und Fragekasten.
Um recht zahlreiches Erscheinen wird ersucht.
Der Vorstand.

Große Arbeiter-Versammlung
am Sonntag, den 22. d. M., Vormittag 10 Uhr, in den Grätwell'schen Bierhallen, Kommandantenstr. 77-79.
Tages-Ordnung: Der Arbeiterschuggesetzentwurf. Referent Herr Julius Müller.
Um recht zahlreichen Besuch bittet
351 Der Einberufer.

Die öffentliche Versammlung sämtlicher Parquetbodenleger Berlins
findet am Sonntag, den 22. Februar, Vormittag 10 Uhr, im Lokale des Herrn Kottbus, Wilhelmstr. 105, statt. Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.
357 Der Vorstand.

Ortskrankenkasse
d. Zimmerergewerbes.
Mitglieder-Versammlung
Sonntag, den 1. März, Vorm. 9 Uhr,
im Lokale Sanssouci, Kottbusserstraße Nr. 4.
Tages-Ordnung:
Wahl der 60 Vertreter zur General-Versammlung nach § 43 des Statuts.
Nur denjenigen Mitgliedern, welche großjährig und die Befähigung der bürgerlichen Ehrenrechte sind, ist der Eintritt gestattet, sofern dieselben mit ihren Beiträgen nicht über Zahlungstermine im Rückstande sind.
Nur Quittungsbuch legitimirt.

Die Arbeitgeber werden zu der am 2. März im Lokale Schultheiß Brauerei, Neue Jakobstraße 24, Abends 7 Uhr, anderamtigen Versammlung eingeladen.
Tagesordnung:
Wahl der 30 Vertreter zur General-Versammlung.
365 Der Vorstand
Schöppe, Raumnäher 41.

Der Fachverein der Nähmaschinenarbeiter und Berufsgenossen
hält am Sonntag, den 22. d. M., Vormittag 10 1/2 Uhr, im oberen Saal von Feuerstein's Restaurant, Alte Jakobstr. 75, eine außerordentliche
General-Versammlung
ab. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Allgemeinen Arbeiter-Vereinigung Deutschlands. 2. Verschiedenes. — Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung bittet um regen Besuch.
369 Der Vorstand.

Fachv. d. Posamentierer u. Seidenknopfmacher
Montag, den 23. Februar cr., Versammlung, Abends 8 1/2 Uhr, Holzmarktstr. 72. Wissenschaftlicher Vortrag.
347 Der Vorstand.

Keller's
Gesellschafts-Säle
Andreasstraße 21.
Empfehle meinen großen Saal, sowie die kleinen Säle dem geehrten Publikum, besonders Vereinen und Gesellschaften
Für gute Speisen und Getränke bestens geforgt.
Wachtungsvoll
250 **Karl Keller.**
Reinen geehrten Freunden und Bekannten empfehle mein
Schuh- u. Stiefelwaaren-Lager.
Reparaturen schnell und billig.
184 **L. Zaako, Rüstener Platz 5.**

Elegante Masken-Garderobe
Fr. Panknin
Dranienstraße 178 v. 2. Etage.
830 Ecke Adalbertstr.

Freunden und Bekannten empfehle mein
Restaurant.
Reichhaltiger Frühstücksstisch. Bouillon zu jeder Zeit.
Gutes Bairisch Bier à Glas 10 Pfa.
Punsch, Groal, Sühwein und Liqueure.
Sämmtliche gewerkschaftliche sowie andere Tagesblätter liegen aus.

Max Krenth,
Cottbusserplatz (alte Wäsche-Str.)
141 Eine feine Schlafst. a. v. Gitschnerstr. 61, I. bei Sanderstr.
Eine saubere Schlafst. ist zu vermieten Reichensbergerstr. 167, vorn III, dicht am Thor, bei Fenster.